Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: [illegible] Havlíčkova [illegible] Telefon [illegible] nach[illegible]

Telegramm Sozialdemokrat, Prag II., Havlíčkova ném. 32. Postscheckamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

[illegible]ldemokrat

[illegible]utschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei [illegible]tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . Kč 16.—
vierteljährlich „ 48.—
halbjährig . „ 96.—
ganzjährig . „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang. | Dienstag, 5. Juni 1923. | Nr. 128.

Die Regierung und die Gemeindewahlen.

Die sorgenbedrückte Regierung sieht vor sich eine neue Sorge auftauchen: die Gemeindewahlen! Wenn auch deren Ergebnis kein völlig abschließendes Urteil über die politische Meinung der Bevölkerung zulassen dürfte, da bei Wahlen in die Gemeindevertretung die Wähler vielfach nach lokalen Gesichtspunkten ihre Abstimmung einrichten, so geht von ihnen doch eine Gefahr aus. Die Koalition ist so zerfahren und zermürbt, daß ihr jede weitere Erschütterung schwere, vielleicht unheilbare Leibschäden zufügen muß. Schon jetzt und eigentlich schon seit Monaten werfen die Gemeindewahlen und die künftigen Parlamentswahlen ihren Schatten auf die Koalition. Keine ihrer Parteien hält es wie der brave Mann im Sprichwort, der an sich zuletzt denkt, sondern jede denkt an sich zuerst und sucht noch rasch alles zu tun, was sie vor dem Urteil der Wähler bestehen lassen könnte. Die Gemeindewahlen können ein Schnitt ins lebendige Fleisch werden, die Leidenschaften, die sie zu erregen geeignet sind, können auf das ohnehin gespannte Verhältnis der Koalitionsparteien zueinander umso zersetzender wirken, je aufgeregter der Kampf um die Herrschaft in den Gemeindestuben geführt wird.

Die Regierung beabsichtigt daher, wie tschechische Blätter melden, zu den Gemeindewahlen einen Aufruf an die Bevölkerung zu erlassen, der sie auffordern soll, zu verhindern, dem Wahlkampf eine besondere Schärfe zu geben. Die Wahlen sollen in eine Art burgfriedlichem Zustand durchgeführt werden. So wie Kisten mit zerbrechlichem Glas oder Porzellan mit warnenden Aufschriften versehen werden, so soll auch diesen Wahlen als Leitmotiv der Stempel „Nicht stürzen!" aufgeprägt werden. Nur recht behutsam, damit nichts zerbreche! In Aufrufen an die Bevölkerung besitzt die Regierung bereits einige Gewandtheit, darum kann man nicht zweifeln, daß es ihr gelingen wird, auch für ihre Wahlepistel die entsprechenden Herzenstöne zu finden. Wie beweglich waren die Worte der Mahnung der Regierung in dem berühmten Aufruf an die Bürger im September des Vorjahres, wie innig beschwor sie Kaufleute und Produzenten, ihre Waren doch um Himmels willen billiger zu verkaufen. Und die Konsumenten wurden ebenso eindringlich aufgefordert, nur dort einzukaufen, wo es billiger sei. Allerdings vergaß die Regierung, gleichzeitig anzugeben, wo man denn billiger einkaufe, denn die Waren und Lebensmittel blieben überall gleich teuer. Auch hütete sich die Regierung bei der Verbilligungsaktion mit gutem Beispiel voranzugehen, aber als schöne Stilübung war der Aufruf doch beachtenswert. Man kann wetten, daß es der Regierung an schönen Worten auch diesmal nicht fehlen wird. Wie es heißt, will sie die Parteien auffordern, sich im Wahlkampf nach „wirtschaftlichen" und „staatlichen" Gesichtspunkten zu richten und sich aller Parteikämpfe zu enthalten, die ihr Echo in der Koalition finden könnten. Bitte kein Geräusch gemacht, der arme Patient bedarf dringend der Ruhe! Das und nichts anderes kann der wahre Zweck des neuen Aufrufes sein, den die Regierung zu erlassen sich anschickt. Wer könnte glauben, daß es ihr dabei wirklich um die wirtschaftlichen Interessen geht, denn sie und die Koalitionsparteien sind doch selber Schauplätze heftiger und giftiger Parteikämpfe, dies in einem Maße, daß die Koalition zur Erledigung und Lösung jeder wichtigeren wirtschaftlichen und sozialen Frage längst unfähig geworden ist. Eben noch balgen sich die tschechischen sozialistischen Parteien mit Dr. Kramarsch herum, der es sich zu einem Partei- und Privatsport gemacht hat, die Regierungsidylle zu stören, indem er die Regierung wegen der Javorinafrage just um den Kopf des Dr. Benesch zu kürzen sucht.

Die Regierung ist also nicht imstande, im eigenen Hause Frieden zu schaffen und ihre Parteien zu bestimmen, auf die zerrüttete Gesundheit der Koalition Rücksicht zu nehmen, wie will sie da die anderen Parteien — denn der Aufruf soll sich an die gesamte Bevölkerung wenden — zur Rücksichtnahme auf die Koalition bewegen? Sollen etwa die Oppositionsparteien um die Erhaltung der Koalition besorgter sein, als die Regierungsparteien sich zeigen? Sollen sie die Festigkeit und den Frieden der Koalition begründen helfen, die sie als den Anfang und das Wesen alles Uebels im Staate ansehen? Sollte die Regierung dies wirklich glauben? Wenn dies der Fall ist, so könnte man dies nicht mehr Naivität nennen!

Die Regierung will die Wahlen entpolitisieren, wozu sie nicht die „wirtschaftlichen" Interessen treiben und die „staatlichen" nur insoweit, als sie ihr Interesse mit dem des Staates verwechselt. Es ist der Selbsterhaltungstrieb, der ihr die Feder in die Hand drückt. Wie in der Slowakei, wo überhaupt noch keine Gemeindewahlen vorgenommen wurden, die Parteikämpfe bei den Wahlen zurückgestellt werden sollen, das scheint ihr nicht viel Kopfzerbrechen zu machen. Sündenbeladen appelliert sie an das Mitleid der Bevölkerung. Es muß schlecht um ihr Dasein bestellt sein, wenn sie fürchten muß, daß die Stürme eines Gemeindewahlkampfes sie hinwegzublasen geeignet sind. Ihre Spekulation auf Mitleid und Wohlwollen gegenüber der Koalition wird vergeblich sein. Die Regierung täte gut daran, sich ihre geplante Stilübung zu ersparen, sie wäre nicht der Tinte, des Papiers und der Druckerschwärze wert!

Hamburg und die tschechischen Sozialdemokraten

Genosse Dr. Czech über die Angriffe der tschechischen Sozialdemokraten.

Gestern hielt Abgeordneter Genosse Dr. Czech in einer Brünner Parteiversammlung über den Hamburger Kongreß eine Rede, in der er über das Verhalten der tschechischen Genossen folgendes ausführte:

Genosse Dr. Czech:

Sofort nach Hamburg war es uns allen klar, daß wir alles daran setzen müssen, um nach der vollzogenen Vereinigung der beiden Internationalen auch auf dem Boden der tschechoslowakischen Republik, wenn auch nicht unmittelbar zu einer tadellos funktionierenden Internationale der sozialistischen Parteien, so doch zumindest zu einem leidlichen Nachbarverhältnis und in weiterer Folge zu freundschaftlicher Verständigung und zu parteigenössischer Zusammenarbeit zu gelangen. Darum schien es uns rätlich, in Zukunft wenigstens die bestehenden Gegensätze nicht weiter zu verschärfen, sondern im Gegenteil durch größte Versöhnlichkeit zu mildern und zu diesem Behufe schon jetzt bei der Berichterstattung über Hamburg besonders in jenem Teil, welcher unser Verhältnis zu den tschechischen Sozialdemokraten betrifft, Maß zu halten, uns der größten Sachlichkeit zu befleißigen, unter Vermeidung aller, ganz besonders aber persönlicher Ausfälle lediglich die nackten Tatsachen zu registrieren und uns auch hiebei die größte Selbstbeschränkung aufzuerlegen; und wenn auch überall die durchaus berechtigte Freude über unseren Hamburger Erfolg durchklingt, so geschieht dies durchwegs mit der größten Zurückhaltung, die die tschechischen Genossen nach allem, was zurückliegt und ganz besonders aber wegen des von ihnen als Erwiderung auf unsere Denkschrift herausgegebenen, die unerhörtesten Tatsachenverdrehungen enthaltenden Pamphlets absolut nicht verdient hätten.

Auch das „Pravo Lidu" hat in seiner ersten Betrachtung über Hamburg, bei der es ohne kleine Exzesse gegen uns und ohne gewisse unsozialistische Extempore natürlich nicht abging, eine gewisse Zurückhaltung geübt. Seinen Vorwurf an die Brodecky-Gruppe, daß sie sich sogar zum Beweise ihrer Lakaienhaftigkeit demonstrativ im Kongreßlokale an einem gemeinsamen Tisch mit uns setzte, brauchte man bloß als „sozialistisches" Argument tschechoslowakischer Marke zu registrieren und ohne Kommentar der übrigen Parteiöffentlichkeit zu überantworten. Während man aber den ersten Artikel des „Pravo Lidu" mit seinen zahllosen Entstellungen und Umkehrungen des Sachverhaltes aus den oben dargelegten Gründen noch immer zur Not hinnehmen konnte, so nicht auch seine anderen Artikel und die darauffolgenden weiteren Auslassungen der tschechischen sozialdemokratischen Presse, die eine

wahre Treibjagd

auf die deutsche sozialdemokratische Partei und ihre leitenden Genossen veranstaltete. Schon was sich diesbezüglich das „Pravo Lidu" und gewisse führende Männer der tschechischen Partei geleistet hatten, die der tschechischen bürgerlichen Presse die Stichworte zu einer wahren Hetze gegen unsere Partei gegeben haben, überschreitet die Grenzen alles bisher Dagewesenen: „Ueberfall", „Illoyalität", „Infamie", „Skrupellosigkeit", „Barnum", „Kunststück", „Dumme Streiche", „Wegekeln", „Hand in Hand mit den Hlinka- und Horthyagenten", das ist so eine kleine Blütenlese der Exzesse, die sich aus der konstruktiven Seele der führenden Staatsmänner der tschechischen sozialdemokratischen Partei entringen und in dem Vorwurf der Pilsner „Nova Doba", daß wir Hohenzollernverehrer sind, wie in den unerhörten Darbietungen des Anton Němec in der „Straz socialismu" ihre Fortführung und Krönung finden. Was soll man dazu sagen, wenn Anton Nemec von einem „kaufmännischen Unternehmen des Friedrich Adler", welcher sich aus „Gründen des persönlichen Prestiges die Zweieinhalb-Internationale gegründet" habe, spricht, wenn er einem Friedrich Adler „nationalen und Rassenfanatismus" vorwirft und wenn er andere deutsche Genossen nach Hakenkreuzler-Manier in der unerhörtesten Weise beschimpft? Wie soll man an sich halten, wenn das „Pravo Lidu" im besinnungslosen Umsichschlagen von „Intriguen der Deutschen" spricht, die die tschechischen Genossen um eine Vertretung in der Exekutive gebracht haben sollen, und wenn es hinzufügt, daß diesmal zum letzten Male geschehen sei, „da innerhalb dreier Jahre die österreichische Sozialdemokratie vom Podium des internationalen Interesses verschwinden und ein Delegierter der tschechischen Partei an ihre Stelle treten wird". Welch ein Wahn spricht aus jedem dieser Worte!

Was wollen die tschechischen Genossen eigentlich?

Wir haben in Hamburg auf dem Kongresse der Arbeitsgemeinschaft die Gründe auseinandergesetzt, die uns veranlassen, über unsere eigenen Interessen hinweg für die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Internationalen einzutreten. Wir haben in diesem Zusammenhange die ganz besonderen Schwierigkeiten, mit denen wir in diesem Lande zu kämpfen haben, dargelegt und die Konflikte aufgezeigt, die zwischen uns und den tschechischen Genossen bestehen. Das war unser erstes Verbrechen und darauf kam sofort der Bannfluch. So sehr fühlen sich die tschechischen Genossen auch parteimäßig als die Herren im Lande, daß sie es nicht fassen können, da wir uns getrauen, es auf dem internationalen Forum auf eine Auseinandersetzung mit ihnen ankommen zu lassen und die Schönfärbereien der staatlichen und sozialistischen Auslandspropaganda über die Verhältnisse im Lande ein wenig zu korrigieren.

Doch nun kam unser Hauptverbrechen. Um den Wiedervereinigungskongreß, der mit dem neuen Aufbau der Internationale, mit der Beratung des Reparations- und Ruhrproblems und mit den anderen gewichtigen Gegenständen der Tagesordnung alle Hände voll zu tun hatte, nicht auch noch mit dem tschechoslowakischen Problem überflüssig zu belasten und die des Kongresses nicht zu beeinträchtigen, haben wir unsere Auseinandersetzung mit den tschechischen Genossen in die Organisationskommission verlegt und das zur Unterstützung unseres Antrages auf Einsetzung einer abgesonderten Kommission notwendige Material in einer Denkschrift niedergelegt.

Unsere Denkschrift.

Die Denkschrift ist durchaus sachlich gehalten. Sie ist in der Form ruhig, in ihrem kritischen Teile zurückhaltend und bewegt sich durchaus auf einem hohen, der Zweckbestimmung angepaßten Niveau. Englische und französische Delegierte — von den deutschen nicht erst zu reden — äußerten sich über sie ganz spontan in der denkbar günstigsten Weise und lobten ihre Klarheit, sowie den ruhigen und würdigen Ton der Auseinandersetzung. Immer und immer wieder kamen Delegierte verschiedener Nationen und verlangten ein zweites Exemplar, um es an ihre Parteiorganisationen weitergeben zu können. Die Denkschrift fand also beim Kongreß die denkbar größte Beachtung und die allerfreundlichste Aufnahme und machte auf alle Kongreßteilnehmer einen starken Eindruck. Das haben die tschechischen Genossen deutlich herausgefühlt und darum schreien sie Zeter und Mordio!

Unter anderem beschweren sich die tschechischen Genossen darüber, daß wir ihnen die Kenntnis der Denkschrift nicht schon vor dem Kongresse vermittelt haben und nennen dieses Vorgehen

Illoyalität.

Aber ganz abgesehen davon, daß die tschechischen Genossen gewiß keinen Anspruch darauf haben, von der Denkschrift früher Kenntnis zu haben, als andere Delegierte, ganz abgesehen davon, daß eine Verlautbarung der Denkschrift vor dem Zeitpunkte der endgültigen Beschlußfassung unserer Parteiinstanzen, vor allem aber vor der endgültigen Liquidierung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft und dem Vorliegen des definitiven Vereinigungsbeschlusses ganz unmöglich gewesen wäre, lag für uns auch nicht der geringste Anlaß vor, die tschechischen Genossen, mit denen wir leider jahrelang auch nicht die leisesten parteiorganisatorischen Zusammenhänge haben, mit denen wir niemals Parteibeschlüsse auszutauschen pflegen, über die einzelnen Phasen unserer Vorarbeiten und Vorbereitungen für den Kongreß zu informieren, solange die endgültige Entscheidung noch nicht feststand.

Ich frage die tschechischen Genossen, ob sie die für den Kopenhagener Kongreß fertiggestellte, gegen die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs und auch gegen uns gerichtete Denkschrift, die ich in diesem Augenblicke zur Hand habe, **den deutschen Genossen und uns zur Ueberprüfung und Aeußerung übermittelt haben** und ob es uns auch nur eingefallen wäre, derartiges zu verlangen! War unsere Hamburger Denkschrift ein „Ueberfall", dann wäre die Kopenhagener tschechische Denkschrift nichts anderes und dann haben die tschechischen Genossen, die durch ihre Kopenhagener Vergangenheit auch nach einer anderen Richtung arg belastet sind, jede Legitimation zu einer Beschwerdeführung verwirkt.

Die Konferenz im Hotel Adlon.

Aber es kommt noch schöner: Zur selben Stunde, in der die tschechischen Genossen bei uns wegen unseres Hamburger Vorgehens anfragten und in der wir ihnen, — obwohl wir auch dazu nicht verpflichtet waren — ganz loyal mitteilten, daß wir an einen Ausschließungsantrag gar nicht denken und daß alles weitere noch den Gegenstand von Beratungen bildet, **waren die tschechischen Genossen bereits am Werke, einen geradezu unerhörten Schritt gegen uns, gegen die anderen deutschen, aber auch gegen die englische sozialistische Gruppe zu tun.** Just zur selben Stunde haben sie, die in ihrer Presse der Vereinigung der beiden Internationalen und der Aufrichtung einer einheitlichen internationalen Front begeistert zustimmten, **eine Aktion gegen die „deutsch-englische Hegemonie" in der neuen Internationale organisiert** und ausgerechnet nach Berlin, vorerst in das **Hotel Adlon** und dann in ein **anderes Gebäude** eine Konferenz einberufen, die gegen den nur in der Fantasie der tschechischen Genossen existierenden deutsch-englischen Block ein Gegengewicht schaffen, den Einfluß der deutsch-englischen sozialistischen Gruppe schwächen, einen **engeren Zusammenschluß der auf den Boden der Friedensverträge stehenden,** außerhalb der Tschechoslowakei aber gar nicht existierenden sozialistischen Gruppe herbeiführen, also eine

kleine sozialistische Parteientente

ins Leben rufen wollte. Wahrlich, nicht umsonst sind die tschechischen Genossen in die Schule Benesch gegangen!

Ich will mich über die Einzelheiten der Vorbereitungen und der Tagung der Berliner Konferenz, welche in einem offiziellen Kommunique eine harmlose Deutung zu geben versucht wurde, nicht ergehen, und an dieser Stelle gar nicht anführen, was uns von verschiedener Seite — von teilnehmenden und ablehnenden Gruppen — über diese Veranstaltung gesagt wurde. Ich beschränkte mich nur darauf, festzustellen, daß die tschechischen Genossen, als sie mit uns knapp vor der Abreise nach Hamburg an einem Tische saßen und von uns über ihre Vorbereitungen für Hamburg gefragt wurden, **von der Berliner Konferenz, von den Reisen des Genossen Dr. Winter im In- und Auslande, von dem Inhalt der hiebei gepflogenen Beratungen auch nicht mit einem einzigen Worte Erwähnung getan haben.** Und nun bedenke man: Die tschechischen Genossen bereiten von langer Hand einen

Vorstoß gegen den deutsch-englischen Einfluß in der Internationale

vor. Sie mobilisieren und organisieren ihn. Sie, die auf dem Kongreß und bei allen ihren Kundgebungen als die Wortführer der kleinen Staaten — nicht etwa der slawischen Nationen auftraten, veranstalten eine Konferenz, zu der sie wohl die sozialistischen Parteien Polens und Rumäniens, Jugoslawiens und Lettlands, Estlands und Georgiens einladen, nicht aber auch die deutschen und ungarischen sozialistischen Parteien ihres eigenen Landes, auf welchen Mangel sie nebenbei erst von einem darob nicht wenig erstaunten georgischen Genossen aufmerksam gemacht werden mußten! Und nun tun dieselben tschechischen Genossen fürchterlich beleidigt, wenn die von ihnen förmlich vor den Kopf gestoßenen deutschen Genossen ihnen nicht restlos alle ihre Parteibeschlüsse — und da sie zu jener Zeit noch nicht fertig vorlagen, nicht alle ihre Absichten und schriftlichen Entwürfe auf den Präsentierteller legten. Die tschechischen Genossen können nicht begreifen, daß aus der Tschechoslowakei irgendein bedeutsameres sozialistisches Schriftstück in die Welt gesetzt werden kann, das ihnen nicht zur Vorzensur vorgelegt wurde.

Die tschechischen Genossen, die seit fünf Jahren in eine für sie und das ganze Proletariat des Landes geradezu verderbliche Koalition verstrickt sind, die im Bunde mit den reaktionärsten Parteien des Landes an allen Entscheidungen, die sich gegen das Proletariat und die Minderheitsvölker kehren, partizipieren, an allen Ueberrumpelungen des Parlamentes und der oppositionellen — und darunter auch der sozialistischen Parteien — nicht bloß in nationalen, sondern in sozialen, in reinen Arbeiter- und Angestelltenfragen teilgenommen haben, die **kaltblütig alle von der deutschen sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Anträge niederstimmten, die gemeinsam mit den reaktionärsten Parteien des Landes einen von Seliger überreichten Verfassungsantrag im Initiativausschuß erwürgten,** den vom Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachten Ausgleichsantrag nicht nur niedergestimmt, sondern geradezu verhöhnt haben, haben wohl als Letzte das Recht, von „Ueberfällen", „Infamien", „Illoyalität" und dergleichen zu reden. Die tschechischen Genossen mögen lieber vor ihrer eigenen Türe kehren, sie mögen

ihr Hamburger Memorandum

zur Hand nehmen und sich die Frage vorlegen, ob sie — ebenso wie wir — alles, was in der Denkschrift niedergelegt ist, bis auf den letzten Buchstaben zu verantworten vermögen. Sie, die unsere Denkschrift mit den „Querelen des deutschnationalen und wegen der Eigentumsberaubung durch die Bodenreform von Rachsucht getriebenen Dr. Medinger" vergleichen; sie, die die Lüge in die Welt gesetzt haben, unsere Partei hätte eine vom Adel gegen die Bodenreform an den Völkerbund gerichtete Beschwerde unterschrieben; sie, die uns an zahllosen Stellen ihres Memorandums „nationalistischer Gesinnung" und „chauvinistischer Treibereien" bezichtigen, **ohne** — von Schul- und kulturellen Fragen abgesehen — **auch nur ein einziges konkretes Faktum für ihre Behauptungen ins Treffen führen zu können;** sie, die sich in ihrem blindwütigen Zorn in ihrem Memorandum zu politisch-parlamentarischen Feststellungen hinreißen lassen, deren sich selbst politische Wickelkinder schämen müßten, haben kein Recht, sich uns gegenüber als Sittenrichter aufzuspielen oder uns, wie dies Dr. Winter mit seiner hochfahrenden, von den deutschnationalen Tagesblättern bereits ausgenützten Bemerkung von den „dummen Streichen" zu tun beliebt, von oben herab abzukanzeln.

Doch nicht nur dies allein fordert unsere schärfste Zurückweisung heraus, sondern auch die Verbreitung einer ganzen Serie von krassen, aus den Fingern gezogenen Unwahrheiten, mit denen die tschechische sozialdemokratische Presse die tschechische Oeffentlichkeit überschwemmt. Wenn behauptet wird, daß wir es angestrebt hätten, die tschechischen Genossen aus Hamburg wegzubringen oder wie sich Genosse Dr. Meißner sehr taktvoll ausdrückt, „wegzuekeln", so fehlt für diese Behauptung, mit der man nur

die tschechischen Arbeiter gegen uns zu verhetzen

sucht, ebenso jede Spur eines Beweises, wie für die Behauptung Dr. Winters, wir hätten es schon in Hamburg auf eine Verurteilung der tschechischen Genossen abgesehen und es habe dies sogar einer unserer Genossen in Hamburg „erzählt". Den Genossen Dr. Winter laden wir hiemit in aller Form ein, uns den betreffenden deutschen Genossen zu nennen, damit wir ihm Gelegenheit geben können, den Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptungen zu erbringen. Solange aber der Name nicht genannt wird, halten wir die Weiterverbreitung derartiger Legenden gelinde gesagt für unparteigenössisch, ebenso, wie wir es für unzulässig halten, solche aus der Luft gegriffene Geschichten in die Welt zu setzen. Nach seiner Darstellung hätte uns nur der „Neid über den großen Erfolg", den die Deutschbürgerlichen aus der letzten Wiener Tagung der Völkerbundliga davongetragen haben, dazu getrieben, gleichfalls „aus Hamburg irgendetwas heimzubringen". Dr. Winter wird schon die Freundlichkeit haben müssen, uns zu beweisen, daß uns der sogenannte „Wiener Erfolg der Deutschbürgerlichen" überhaupt bekannt war und daß er der Beweggrund unseres Handelns gewesen ist!

Dr. Winter meint, daß es uns, als wir unsere Sache vor dem Kongreß brachten, gar nicht um die Herbeiführung einer Verständigung und des Friedens zu tun gewesen ist, sondern nur um die Anklage und schließlich — im Vertrauen auf die Unterstützung der konnationalen Gruppen — um die Herbeiführung einer Verurteilung der tschechischen Genossen. Er meint weiter, daß, wenn wir wirklich eine Verständigung erzielen wollten, es gar nicht notwendig gewesen wäre, mit Anklagen und Beschwerden auf den Kongreß zu gehen und daß eine Verständigung einzig und allein zu Hause herbeigeführt werden könne. Aber mit Verlaub!

Volle 5 Jahre bemühen wir uns bereits zu Hause um eine Verständigung.

Wie oft haben wir den tschechischen Genossen die Unhaltbarkeit der Verhältnisse, die Unmöglichkeit ihrer Politik, das Unsozialistische ihres Handelns vor Augen geführt. Es hat an Auseinandersetzungen in privaten Aussprachen, in diversen Parteiberatungen, in der Erörterung der Presse nicht gefehlt. Den tschechischen Genossen war unser Standpunkt, waren unsere Forderungen, unsere Wünsche wohl bekannt. Sie haben nicht das Leiseste unternommen, um eine Aenderung herbeizuführen! Wir haben von ihnen die Einflußnahme auf die tschechische Gewerkschaftskommission verlangt, sie haben sich nicht gerührt. Wir haben ihnen eine ganze Reihe von Wünschen auf dem Gebiete der Sozialversicherung, den Wunsch nach Ausschreibung der Krankenkassenwahlen bekanntgegeben. Nichts ist bisher geschehen! Fünf Jahre sind ins Land gegangen und noch immer walten die alten Kassenvorstände und die ernannten Verwaltungskommissionen ihres Amtes. Wir haben das Eingreifen der tschechischen Sozialdemokraten gegen die Schulsperungen aufgerufen. Die Schulen wurden weiter zu Hunderten geschlossen. Wir haben verlangt, daß auf kulturellem Gebiete mit allen Zwangsmaßnahmen innegehalten wird und daß das allen staatlichen Vorkehrungen vorangehen soll, nichts, gar nichts, nicht das geringste hat sich geändert! Alle unsere Vorstellungen über die Verfassungszustände in Anbetracht der nationalen Zusammensetzung des Staates, waren einfach in den Wind gesprochen. Die tschechischen Genossen haben kaltblütig fünf Jahre verstreichen lassen, ohne ernsthaft zuzugreifen und jene Taten zu setzen, die einzig und allein eine Verständigung und einen Friedensschluß herbeizuführen geeignet gewesen wären. Es ist also nichts, als eitel Geflunker, wenn uns jetzt gepredigt wird, wir hätten den Weg der Verständigung zu Hause suchen sollen und mit unseren Beschwerden nicht nach Hamburg gehen dürfen. Die tschechischen Genossen meinen, daß wir durch „unser Barnum-Kunststück" die Situation nur noch verschärft und die Verständigung für die nächste Zeit unmöglich gemacht haben. Nun denn, wenn dies wahr ist, dann müssen wir uns eben darein fügen. Wir haben schon fünf bittere Jahre hinter uns, wir werden — wenn es so der Wille der führenden tschechischen Genossen ist — auch noch die Pein weiterer Kriegsjahre über uns ergehen lassen müssen. Den Schaden aber davon werden — das mögen die tschechischen Genossen bedenken — nicht allein die deutschen Arbeiter haben, sondern das ganze Proletariat dieses Landes und mit ihm naturgemäß auch das tschechische.

Das „Pravo Lidu" droht uns mit dem

Abbruch der persönlichen Beziehungen.

Wir werden auch dies noch in Kauf nehmen müssen. Ungetrübt waren diese Beziehungen nach allem, wie sich das Verhältnis zwischen uns und der tschechischen Sozialdemokratie in den zurückliegenden Jahren gestaltete, ohnedies nicht. **Seit Jahr und Tag reisen die tschechischen Genossen im Ausland herum und werden nicht müde, überall wahre Wunder über die schlechte Politik der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei zu erzählen.** So oft wir mit einem ausländischen Genossen zusammenkommen, haben wir Mühe, die Märchen, die dort über uns erzählt werden, zu widerlegen. Und trotzdem ist es uns bisher nicht eingefallen, wegen dieses gewiß nicht sehr fairen Vorgehens die Beziehungen zu den tschechischen Genossen abzubrechen. Uns aber glaubt man mit der Boykottierung der leitenden Genossen schrecken oder zur Raison bringen zu können. Unser Karlsbader Parteiblatt erkundigte sich, als es die fraglichen Ankündigungen im „Pravo Lidu" las, in einer Notiz, ob die Proklamierung des Abbruches der Beziehungen im Einverständnis mit den leitenden tschechischen Genossen geschehen sei und wir antworteten darauf, daß einer der führenden tschechischen Genossen diesen Schritt schon in Hamburg angekündigt hat. Nun denn, wir warten mit Spannung auf den Vollzug. Unsere Antwort wird ganz darnach ausfallen. Im übrigen glauben wir, daß die tschechischen Genossen, die unserer Auffassung nach zu derartigen Wutausbrüchen keinen Anlaß haben, ihren Schmerz mit mehr Anstand und Würde tragen sollten, als dies bisher geschehen ist.

Und nun zu den sachlichen Darlegungen des Genossen Dr. Meißner. Er meint, wir hätten mit unseren Hamburger Bemühungen nicht den geringsten Erfolg gehabt. Mag sein. Er erklärt, wir hätten eine „Untersuchungskommission" verlangt, es sei aber nur eine „Prüfungskommission" eingesetzt worden. (Nicht: „vyšetrovani", sondern „zkoumani".) Gut. Er meint, daß nicht das „Verhalten der sozialistischen Parteien" untersucht werden wird, sondern lediglich „die Prüfung der Konflikte zwischen den sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakei", zum Aufgabenkreis der Kommission gehört. Auch gut. Aber mit Verlaub, welcher Unterschied besteht denn eigentlich — sachlich genommen — zwischen „Untersuchen" und „Prüfen"? Und weiter. Wird nicht eine Kommission, welche die Konflikte zu prüfen hat, auch das Verhalten der in Betracht kommenden Parteien ganz automatisch in den Bereich ihrer Betätigung und Amtshandlung einbeziehen? Wirklich, man muß schon von guten Eltern und vor allem juristisch geeicht sein, um die Feinheiten in der Begriffsbestimmung, die uns Dr. Meißner im „Pravo Lidu" vorführt, herauszufühlen und nachfühlen zu können. Doch sei dem wie immer, wir geben uns mit der vom internationalen Kongreß eingesetzten Prüfungskommission zufrieden und gestehen ganz offen, daß wir von der ersten Stunde an nichts als dies angestrebt haben. Anders stand die Sache bei den tschechischen Genossen. Sie wollten ursprünglich von der Einsetzung einer Kommission überhaupt nichts wissen und haben dies mit großem Applomb in ihrer Denkschrift angekündigt. Sie haben sich aber schließlich eines besseren belehren lassen und ihr Glück mit einer „Vermittlungskommission" versucht, um nachdem wir eine solche mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen hatten, nach dem Vorschlag des von ihnen seit Hamburg in Acht und Bann getanen vielgelästerten Friedrich Adler zu greifen.

Nun, da die Komission einmal da ist, die tschechischen Genossen sich ihr vorläufig nicht entziehen können, erklären sie, daß bei den bevorstehenden Kommissionsverhandlungen mit großer Vorsicht zu Werke gegangen werden müsse, daß jeder Versuch, die

Innenpolitik der tschechischen Partei vor das Forum der Kommission

zu bringen, mit aller Entschiedenheit wegen Unzuständigkeit zurückgewiesen werden würde, denn über die Innenpolitik der tschechischen Sozialdemokraten hat nach Auffassung des Dr. Meißner einzig und allein die tschechische sozialdemokratische Arbeiterschaft zu entscheiden, nicht aber die Internationale, da sonst über die Richtigkeit der tschechischen sozialdemokratischen Politik Leute zu entscheiden hätten, welche infolge ihrer Entfernung die Verhältnisse des Landes nicht richtig zu beurteilen vermögen und da weiters die tschechischen Sozialisten sonst unter die „Kuratel der deutschen Genossen" kämen, welche wegen jeder Abstimmung eine Beschwerde bei der Internationale anhängig machen könnten. Dr. Meißner schließt seine Ausführungen mit der Feststellung, daß über die innere Politik weder die Exekutive noch die Kommission zu entscheiden haben und daß sich die tschechischen Sozialisten einer anders lautenden Entscheidung nicht unterwerfen und auch nicht vor die Kommission treten würden.

Seinen Standpunkt sucht Dr. Meißner an der Hand des Organisationsstatuts der Internationale juristisch zu begründen und sich mit Interpretationskünsten zu behelfen, die er wohl vor der Organisationskommission des Kongresses vertreten hat, mit denen er aber — da sie dem Wortlaut des Statuts schnurstracks widerstreiten — während der Erörterung dieses Gegenstandes völlig isoliert geblieben ist. Tatsächlich wurde an dem Wortlaut des Statuts trotz der Anträge des Dr. Meißner auch nicht ein Beistrich geändert. Nach dem Wortlaut des vom Kongreß beschlossenen Statuts ist es aber ganz klar, daß bei Konflikten zwischen Nationen die sozialistische Arbeiterinternationale von den angeschlossenen Parteien als höchste Instanz anzuerkennen ist und daß ihr in solchen Fragen das Entscheidungsrecht zusteht, mit voller Bindung für die angeschlossenen Parteien. Doch wozu der müssige Streit? Warten wir ruhig die Gestaltung der Dinge ab und lassen wir die berufenen Instanzen selbst entscheiden.

Eines darf nicht unerörtert und unwidersprochen bleiben und das ist die Betrachtung Meißners über die

Zuständigkeit der Kommission zur Entscheidung von Fragen der inneren Politik.

Nach der Meinung Meißners steht dem Kongreß wohl die Entscheidung über alle grundsätzlichen Fragen der internationalen Politik, nicht aber auch über solche der inneren Politik eines Landes zu. Dr. Meißner unterscheidet also zwischen sogenannten internationalen Fragen und solchen der inneren Politik. Wir aber bemerken, daß es **keine internationalen Fragen gibt, die nicht gleichzeitig Fragen der inneren Politik des von ihr betroffenen Landes sein würden.** Wären alle innerpolitischen Fragen der Zuständigkeit der Internationale entrückt, dann würde damit der Wirksamkeit der Internationale der Boden entzogen werden. Ich möchte das gleich konkret aufzeigen. Das Ruhrproblem ist zweifellos ein eminent internationales Problem, was der Kongreß durch seine Stellungnahme klar zum Ausdruck gebracht hat. Die schweren Gefahren, welche die Ruhrkrise für Mitteleuropa, aber auch für die ganze zivilisierte Welt in sich birgt, haben sie zu einer der brennendsten Fragen der Internationale gemacht und sie förmlich in den Mittelpunkt der Kongreßberatungen gestellt. Aber auch innerpolitisch betrachtet ist das Ruhrproblem eine der bedeutsamsten und gleichzeitig heikelsten Fragen der Innenpolitik Deutschland, Frankreichs und Belgiens. Gerade in diesen Fragen wurde die sozialistische Gesinnung unserer französischen und belgischen Bruderparteien auf die schwerste und härteste Probe gestellt. Trotzdem ist es keinem der belgischen oder französischen Sozialisten eingefallen, die Ausschaltung dieser für sie so heiklen und verantwortungsvollen Frage aus den Kongreßverhandlungen zu verlangen und jede Einmischung der vom Brandherde weitweg wohnenden amerikanischen, russischen, polnischen oder tschechischen Genossen abzulehnen. Im Gegenteil: die Genossen der durch die Ruhrkrise unmittelbar betroffenen Länder haben es für selbstverständlich und für unumgänglich notwendig gehalten, diese brennendste aller Fragen vor den Kongreß zu bringen und das Votum aller sozialistischen Parteien und ihre Stellungnahme gegen die Imperialisten und die Bourgeoisie ihrer Länder anzurufen. Dr. Meißner bestreitet den fernab von der Tschechoslowakei lebenden Genossen das Verständnis für die Fragen der tschechoslowakischen Innenpolitik, indem er die geringe oder bessere Orientierungsfähigkeit über gewisse Staatsprobleme von der größeren oder geringeren Distanz abhängig macht. Die Genossen aller anderen Länder und Nationen dagegen sind froh und glücklich, wenn ihre Angelegenheiten vor dem internationalen Forum verhandelt, wenn das internationale Proletariat ihre Sorgen teilt und mit ihnen in den Fragen, die sie bewegen, zu Rate zu gehen bereit ist. Genosse Meißner wird natürlich sofort sagen, daß das Ruhrproblem wegen seiner großen internationalen Bedeutung eine Ausnahme macht. Aber nicht anders liegt die Sache bei dem Reparationsproblem, nicht anders bei dem Kampf gegen die Friedensverträge und gegen die Reaktion, nicht anders bei den Schicksalskämpfen der unterdrückten Nationen um das Selbstbestimmungsrecht und um die Selbstverwaltung. Und gerade die zuletzt erwähnten Probleme sind die

großen Schicksalsprobleme des tschechoslowakischen Staates

und bilden gleichzeitig auch den Kernpunkt der zwischen den deutschen und tschechischen Genossen schwebenden Konflikte. Und da sind wir bei dem entscheidenden Punkt angelangt. Nicht mit der Aufstellung juristischer Formeln kommen wir in der Auseinandersetzung zwischen uns und den tschechischen Genossen vorwärts, sondern nur dadurch, daß wir konkret das Problem, das zur Entscheidung steht, erfassen und zu ihm unmittelbar Stellung nehmen. Der internationale Kongreß hat in seinem einmütig, also auch mit Zustimmung der tschechischen sozialdemokratischen Partei gefaßten Beschlüssen den angeschlossenen Arbeiterparteien aufgetragen, gegen die Vergewaltigung der fremden Völker Stellung zu nehmen und für deren uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht einzutreten, die imperialistische Bourgeoisie des eigenen Landes mit allen ihren parlamentarisch zu Gebote stehenden Mitteln des politischen Klassenkampfes zu bekämpfen, die Wurzeln der gefährlichen internationalen Konflikte auszurotten, indem sie die Vergewaltigung der nationalen und religiösen Minderheiten bekämpfen und überall dort, wo den nationalen Minderheiten ihr volles politisches Recht und ihre kulturelle Autonomie vorenthalten werden, alle Kräfte einzusetzen, um die Prinzipien der demokratischen Selbstverwaltung und kulturellen Freiheit zu verwirklichen. Diese Sätze, die wir wörtlich den vom Hamburger Kongreß gefaßten Beschlüssen entnommen haben, enthalten gleichzeitig den Kern des tschechoslowakischen Problems, das

Um und Auf des zwischen uns und den tschechischen Genossen schwebenden Streites.

Von diesem Boden aus werden wir die Auseinandersetzung mit den tschechischen Genossen führen. Wohl, es wird Dr. Meißner weiter ganz nach Art des „28. Říjen" behaupten, daß wir gegen die Republik hetzen, wenn wir — was die Sozialdemokraten aller Länder machen — an den Verfassungseinrichtungen Kritik üben. Aber bei den Genossen der Internationale wird Genosse Dr. Meißner mit denselben Argumenten kein Glück haben. Da wird es heißen: Farbe bekennen! Das würde den tschechischen Genossen passen, daß sie auf den diversen Auslandsparteitagen, auf ihren Agitationsrundfahrten, auf den internationalen Kongressen mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker paradieren, zu Hause aber, gemeinsam mit ihrer Bourgeoisie dieses Selbstbestimmungsrecht ihren Minderheitsvölkern glatt versagen und — wenn sie von der Internationale gestellt werden — sich einfach auf das Gebiet der Innenpolitik zurückziehen, über deren Schwelle selbst die höchsten internationalen Instanzen nicht eingelassen werden. Die tschechischen Genossen haben durchaus recht, wenn sie sagen, daß über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit ihrer Innenpolitik die tschechische sozialistische Arbeiterschaft zu entscheiden hat. Unrecht aber haben sie, wenn sie nur ihren Arbeitern, nicht aber auch den übergeordneten internationalen Instanzen das Recht der Prüfung und Entscheidung einräumen wollen. Die tschechischen Genossen vergessen anscheinend ganz, daß sie, solange sie eben der pro-

letarischen Weltorganisation angehören, ebenso wie jede andere der Internationale angeschlossene Arbeiterpartei den Satz des Statuts gelten lassen müssen, wornach **jeder Beschluß der internationalen Organisation eine selbstgewollte Einschränkung der Autonomie der Partei der einzelnen Länder bedeutet.**

Stivin kontra Dr. Meißner.

Aber warum wehren sich denn die tschechischen Genossen so sehr gegen jede Bindung?

Einstmals hörte man es aus tschechisch sozialdemokratischem Munde ganz anders. Und da lassen Sie mich den Chefredakteur des „Pravo Lidu", Genossen Stivin, gegen die Wortführer der tschechischen Partei, Dr. Meißner und Dr. Winter zitieren. Am zwölften Parteitag der tschechoslowakischen sozialistischen Parteien im **Dezember 1918** wurde auch über die Wiedererrichtung der Internationale verhandelt und zu diesem Punkte Genosse Stivin als Referent bestellt. In dem grundsätzlichen Teile seiner Rede kam er auf die Bedeutung der Internationale für das tschechische Proletariat zu sprechen und schloß seine Darlegungen mit folgenden Worten:

„Wir müssen gegen den Welstaatenbund einen Weltbund des Proletariats errichten und in den kommenden Beratungen mit den Sozialisten der anderen Nationen **den Gedanken vertreten, daß die kommende Internationale keine Dekoration sein soll,** welche bei jeder Erschütterung der Welt zusammenbricht, **kein Monstranz sein soll,** welche sich dem Proletariat der ganzen Welt in großen Tagen als Wunder zeigen soll, **daß sie nicht sein soll ein bloßer Agitationsbehelf für die Verbrüderung des Proletariats, sondern daß sie eine wirkliche Internationale fest organisiert und gebunden, daß sie alle in ihr eingegliederten sozialistischen Parteien zu bestimmten Verbindlichkeiten auch in schicksalsschweren Stunden verpflichte.** Es ist schwer, sich vorzustellen, daß sich der Sozialismus auch weiter in einer Form der Internationale durchschlagen soll, wie wir es vor dem Kriege gehabt haben. **Ehe eine solche Internationale, dann lieber keine!"** (Beifall.)

Unter dem Eindruck dieser Rede wurde dann vom Parteitag einmütig eine Resolution beschlossen, in der es wörtlich heißt:

„Zu diesem Zwecke ist es **notwendig, die Internationale so auszubauen, daß sie nicht bloß nach außen die Repräsentantin der internationalen Solidarität des Proletariats sei, sondern auch nach innen eine sichere und verpflichtende ideelle und organisatorische Bindung habe,** wodurch ähnlichen beklemmenden Erscheinungen begegnet würde, deren Zeugen wir in den ersten Wochen des Weltkrieges gewesen sind. Zur Verwirklichung dieses Zieles will die tschechoslowakische Partei mit allen Kräften und mit ihrem ganzen Gewicht beitragen."

Diese Resolution fand die einmütige Zustimmung des Parteitages. Da seither andere Beschlüsse nicht gefaßt wurden, besteht sie heute ungeschwächt aufrecht und veranschaulicht die Auffassung der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft über Form, Inhalt, Organisation und die wahren Aufgaben einer Internationale. **Gegen diese Auffassung steht heute die der Genossen Meißner und Winter und die des damaligen Parteitagsreferenten Stivin!**

Wer Recht hat: Der Genosse Stivin von einst oder jetzt, darüber kann es keinen Zweifel geben. Wir stehen zum älteren Stivin, denn Wort für Wort gilt alles, was Stivin im Jahre 1918 zur Begründung der Parteitagsresolution gesagt hat, auch heute noch ungeschwächt fort. Die sich mit jedem Tage verschärfenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes, die sich mit jeder Stunde verschlimmernde Lage des internationalen Proletariats dieses Staates erheischt heute mehr denn je eine schlagfertig funktionierende ideell und organisatorisch festgefügte Internationale, **eine Internationale des festen Willens und der herzhaften Tat.**

Und so müssen denn wir deutschen Sozialdemokraten heute an die Stelle des Stivin von einst treten, ihn gegen den Stivin von heute verteidigen und — wie einst er es getan — ausrufen: Daß die Internationale entweder eine Internationale der entschlossenen Tat sein und als solche in den Herzen und Hirnen der Arbeiter feste Wurzel fassen und fortwirken oder aber überhaupt nicht sein wird.

Ich schließe mit der Feststellung, daß wir den kommenden Dingen getrost entgegensehen. Unser Gewissen ist rein. Nach jahrelangen hoffnungslosen Kämpfen blieb uns ein anderer Weg als die Anrufung der Entscheidung der Internationale nicht übrig. **Entziehen sich die tschechischen Genossen der Entscheidung, dann mögen sie dies vor ihrem Gewissen und vor allem vor dem tschechischen Proletariat verantworten.** Erkennen sie aber endlich, daß die von ihnen bisher betretenen Wege auf die Dauer ungangbar sind und nicht zur Verständigung führen können, **dann werden ihnen die deutschen Arbeiter freudig die Hand zum Frieden reichen, nach welchem das Proletariat aller Nationen dieses Landes mit fiebernder Ungeduld lechzt.**

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Die deutsche Note fertiggestellt.

Für einen internationalen Sachverständigenausschuß.

Berlin, 4. Juni. (Eigenbericht.) Die Reichsregierung hat heute vormittag den vorläufigen Inhalt der neuen Note fertiggestellt. Nachmittag fanden mit den Parteiführern Besprechungen über die wichtigsten Einzelheiten der Fassung statt. Auf Grund angeblicher Informationen von autoritativer englischer Seite hat sich das Kabinett entschlossen, die Nennung einer Summe im Gegenwartswert und deren Abstattung durch Jahreszahlungen aufzugeben. Infolgedessen will man die Entscheidung über Deutschlands Leistungsfähigkeit unter bestimmten Voraussetzungen einem internationalen Sachverständigenausschuß überlassen. Die Garantiefrage soll in erster Linie durch Verwendung des von der Industrie gemachten Angebotes gelöst werden; als weitere Garantieleistung will die Regierung die Zölle sowie die Einnahmen der Eisenbahnen verpfänden.

Der sozialdemokratische Parlamentsdienst betont erneut, daß die Sozialdemokratie nur dann bereit ist, die politische Verantwortung für die neue Note mitzutragen, wenn sie den ernsthaften Versuch darstellt, durch einen konkreten und substanziierten Vorschlag die Reparationsfrage ihrer Lösung näher zu bringen und eine schnelle Befreiung des Ruhrgebietes von der fremden Besatzung zu ermöglichen. Weil wir für eine endgültige Lösung sind, halten wir an der Belastung der Sachwertbesitzer fest, die allein in dieser Zeit des Marksturzes einen ungeheueren Sondergewinn erzielt haben. Dadurch ist ihre Fähigkeit, Steuern zu leisten und große Summen zu mobilisieren, auf sehr lange Zeit hinaus weit größer als die irgend einer anderen Schichte des Volkes. Eine besondere Heranziehung der Sachwerte ist auch produktionspolitisch unbedingt notwendig und unerläßlich angesichts der ganz klaren Forderung des Auslandes, das die Kriegs-, Revolutions- und Inflationsgewinne einer bestimmten deutschen Bevölkerungsschichte kennt und deshalb von dieser Schichte endlich einmal mit gutem Rechte eine Leistung verlangt.

Auf die Börse scheint die Ankündigung, daß sich die Regierung zu scharfen Maßnahmen gegen die Devisenspekulation entschlossen hat, Eindruck gemacht zu haben. Die letzten Mitteilungen über die neue deutsche Note ließen die politische Lage in einem etwas freundlicheren Lichte erscheinen, sodaß Industrie und Handel mit ihren Devisenkäufen zurückhielten. Die Kurse der auswärtigen Zahlungsmittel zeigten eine rückläufige Tendenz. So fiel der Dollar von 78.000 auf 76.000, der Schweizer Frank von 14.114 auf 13.740 und die Tschechokrone von 2354 auf 2259.

* *

Baldwin erstrebt Erörterungen mit Poincaré.

Paris, 4. Juni. (Havas.) Ministerpräsident Baldwin erklärte in einem Interview mit dem Londoner Vertreter des „Petit Parisien", er hoffe, in der nächsten Zeit mit Poincaré die Reparationsfrage erörtern zu können. Er bemerkte, nach seiner tiefen Ueberzeugung gebe es kein das Ruhrgebiet betreffendes Problem, in welchem Frankreich und England nicht in politischen Angelegenheiten zu einem Einvernehmen gelangen könnten. Baldwin betonte die Wichtigkeit des Problems der Sicherheit Frankreichs und Belgiens und sprach den innigen Wunsch aus, an einer Regelung zu arbeiten, welche den Weltfrieden sichern würde.

Die belgisch-französischen Besprechungen

Paris, 3. Juni. (Havas.) Ministerpräsident Poincaré wird Mittwoch vormittags in Begleitung des Finanzmisters De Lasteyrie und des Ministers für öffentliche Arbeiten Le Trocquer zu einer Besprechung mit den belgischen Ministern nach Brüssel reisen. Er trifft Donnerstag vormittags wieder in Paris ein. Auch der Direktor am Quai d'Orsay, Peretti della Rocca reist mit. Nach dem Brüsseler Korrespondenten des „Echo de Paris" wird außer General Degoutte und dem französischen Oberkommissär in den Rheinlanden Girard auch der belgischen Oberkommissär Rollin-Jaquemyns und der belgische Generalstabschef General Maglinse an den Verhandlungen teilnehmen.

Neuerliche Ausweisung von Eisenbahnern.

Frankfurt a. M., 2. Juni. (Wolff.) In den Reichsbahndirektionsbezirken Frankfurt a. M., Ludwigshafen und Trier sind von den französischen Besetzungsbehörden wiederum 72 Eisenbahnbedienstete mit ihren Familien ausgewiesen worden.

Inland.

Eine heftige Fehde in der Koalition.

„Es ist nicht ehrenvoll, wenn Dr. Kramař in der Koalition bleibt."

In der Koalition ist ein neuer heftiger Streit ausgebrochen, dessen Urheber diesmal zur Abwechslung nicht der tschechische Agrarier Stanek ist, sondern niemand anderer als der große Karl Kramař. In seiner freitägigen Rede, die er auf der „Slawischen" Insel hielt, ging Dr. Kramař auf dem Umwege über die Bolschewiki den Außenminister Dr. Benesch heftig an, weil dieser den slawischen Brüdern angeblich die Javorina ausliefern will. Die Javorinakampagne nimmt nämlich immer größeren Umfang an: in den sonntägigen „Narodni Listy" befassen sich zwei lange, auf der ersten Seite befindliche Artikel mit den Naturschönheiten der Javorina und auch der lokale Teil strotzt von Anhimmelungen dieser sagenhaften Höhe. Die tschechischen sozialistischen Parteien scheinen die Sache schon satt zu bekommen.

Das „Ceske Slovo" meint ganz deutlich: „Wir müssen endlich in der Koalition sagen, daß wir genug davon haben ... Wir wollen dem unwürdigen Spiel ein Ende setzen: Wir wiederholen, daß wir es schon satt sind und daß dieser Arbeit für die Reaktion ein Ende gesetzt werden muß. Wir machen unsere Oeffentlichkeit darauf aufmerksam, was der Chef der nationaldemokratischen Partei gegen die Repräsentanten der Regierung und des Staates aufführt, in welcher Weise er dies tut und wie das seine Partei duldet. Wir tun dies deswegen, damit, wenn sich einmal die Folgen einstellen sollten, der Schuldige jedem deutlich erkennbar ist."

Auch das „Pravo Lidu" ist diesmal nicht so „vornehm" zurückhaltend wie sonst und sagt: „Es geht nicht an, daß Dr. Kramař die heutige Koalition als sein Ideal lobt und dabei in jeder Versammlung in diese Koalition Feuerbrände wirft. Es ist nicht ehrenvoll, wenn Dr. Kramař mit seiner Partei in der tschechischen Konzentrationsregierung verbleibe, welche er so anfällt, beleidigt und schändet. Hinter unserer Außenpolitik stehen alle großen städtischen Parteien und die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des Staates, außer den Nationaldemokraten. Dr. Kramař und die Nationaldemokraten wußten das, als sie die Regierung bildeten und traten dennoch ein. Ihr Eintritt in die Konzentrationsregierung konnte jeder mit Recht als Zustimmung auslegen. Wenn es aber keine Zustimmung war, dann war es Feigheit und Verleumdung. Jeder politisch denkende Mensch wird begreifen, daß nach der freitägigen Rede Dr. Kramařs endlich unbedingte Klarheit geschaffen werden muß."

Die tschechischen Nationaldemokraten und die tschechischen Nationalsozialisten geben also zu verstehen, daß sie nicht gewillt sind, die Angriffe gegen Dr. Benesch — die sich übrigens stark steigern, da die Nationaldemokraten plötzlich auch mit der Forderung hervorgetreten sind, der Außenminister möge bei Oesterreich wegen der „Unterdrückung" der tschechoslowakischen Minorität „energische Schritte" unternehmen — nicht mehr zu dulden. Darob sind natürlich die Nationaldemokraten in „Erregung" geraten und sie suchen die Schuld für ein eventuelles Zerschlagen der Koalition nunmehr auf die sozialistischen Parteien zu schieben. Die „Narodni Demokracie" erklärt, daß „die Verantwortung für alles auf die Sozialisten fällt und daß diese vergeblich die Schuld auf Dr. Kramař abwälzen, welcher am loyalsten die Koalitionsverpflichtungen erfüllte, und der in beispielloser Selbstverleugnung weiterhin seine Kräfte der Nation zur Verfügung stellt." Nachdem sich die „Narodni Demokracie" dann in scharfen Angriffen gegen die Sozialisten ergeht, warnt sie vor einem „Attentat" auf die zweite allnationale Koalition und erklärt, daß hinter Kramařs nationaler und slawischer Politik die ganze Partei steht.

Die Koalitionsbrüder sind also wieder einmal heftig aneinander geraten. Zu den zahlreichen Konflikten unter den unentwegt Allnationalen, unter den Staatsbildenden und wie sie sich sonst noch nennen, gesellt sich ein neuer gefährlicher Streit. Im Hintergrunde aber ist bereits wieder Ministerpräsident Svehla mit dem Kleistertopf erschienen, um zu leimen und beruft zu diesem Zwecke eine Konferenz der Koalitionsjournalisten ein, damit sie nicht verderben, was er mühselig aufgebaut hat.

Um den Kopf Beckas ist ein heftiger Kampf entbrannt. Einige tschechische Blätter verlangen offen den Rücktritt des Finanzministers. Die „Tribuna" sagt, es sei ein großer Fehler geschehen, als Ing. Beška zum Finanzminister ernannt wurde. Offen gesprochen müsse man erklären, Beška reiche für das Amt nicht aus. Für die wichtigste Arbeit des Finanzministeriums für die Zusamenstellung des Budgets, benötige man in den derzeitigen bewegten Tagen eine starke Individualität. Beška habe mit dem Problem der Novellierung der Vermögenssteuer nicht rühren können, in der schweren Bankenkrise habe sich die Machtlosigkeit des Finanzministers in ihrer vollen Nacktheit gezeigt und während der ganzen finanziellen Krise habe er sich zu keinem Schritte entschlossen. Der Frage des Nachfolgers stehen jetzt keine Hindernisse mehr im Wege, umsomehr als sich Dr. Kramař, der Führer der nationaldemokratischen Partei in einer Rede vor wenigen Tagen von der Finanzpolitik Dr. Rašins abgewendet hat. Ein Wechsel in der Leitung des Finanzministeriums sei unbedingt geboten. — Das bekannte volkswirtschaftliche Blatt „Hospodarsky archiv" erklärt, Beška sei für die Leitung des Finanzministeriums unfähig. Dies wisse auch die Koalition, aber ihre Presse schweige darüber. Beška werde das Staatsbudget nicht zusammenbringen, er besitze weder Initiative noch Entschlußfähigkeit zur Lösung der dringendsten Probleme. Ueber die Bankaffäre sagt das Blatt: Das Finanzministerium hat sich im Laufe der Bankenkrise zu keinem Schritt entschlossen. Erst als die dritte Bank die Auszahlung der Einlagen eingestellt hat, wurde der Auftrag erteilt, das Bankamt möge jeder Bank, welche darum ansuchen würde, den notwendigen Betrag zur Auszahlung zur Verfügung stellen. Die Frage der verkrachten Banken bleibt ungelöst. Die Bodenbank hat ohne irgendwelchen Rechtstitel die Auszahlungen eingestellt, sie hat kein Moratorium erhalten und bietet ohne Ausgleich eine Quote in der Mehlanleihe an. Die Bohemiabank weiß nicht, woran sie ist. Sie hat bereits einmal die liquidierende Generalversammlung abgesagt, die ihr vom Finanzministerium aufgetragen wurde. Es war nur das Finanzministerium berechtigt, diese Generalversammlung abzusagen. In dem Kommuniquee, mit welchem die Generalversammlung abgesagt wurde, war nur zu lesen, daß dies im Einverständnis mit „maßgebenden Funktionären" geschehen sei. Es ist nicht zu verwundern, daß bei einer solchen finanziellen und Bankenpolitik der Staat eine Auslandsanleihe nicht erreichen kann.

Der Termin für die Parlamentseinberufung **wird im Laufe dieser Woche bestimmt.** Im Abgeordnetenhause fand eine Beratung des Aktionsausschusses der Koalitionsparteien in Anwesenheit fast sämtlicher Minister und unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Svehla statt, die längere Zeit dauerte. Die Beratungen werden im Laufe der Woche noch fortgesetzt werden und es wird auch noch diese Woche die Entscheidung über den Termin der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses fallen. Die Verhandlungen haben durch den neuen, in der Koalition entstandenen Konflikt wegen der freitägigen Rede Kramař, den wir an anderer Stelle behandeln, eine neue Erschwerung erfahren.

Eine neue sozialdemokratische Partei in der Slowakei. Wie das Preßburger „Volksrecht" mitteilt, ist ein großer Teil der slowakischen Arbeiter mit der Politik der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei unzufrieden. Dieser unzufriedene Teil der Arbeiter pflegt schon seit geraumer Zeit Beratungen und Besprechungen, die nun soweit gediehen sind, daß an die Gründung und Konstituierung der neuen Partei geschritten werden kann. Zu diesem Zwecke fand Sonntag, den 3. Juni in Chtelnica eine Gründungsversammlung statt. Man versichert, daß die slowakischen Arbeiter von vielen größeren Städten und Gemeinden ihren Anschluß an die neue Partei bereits vollzogen haben.

Die nationaldemokratischen Rot-Weißen und der arme Sohn des „befreundeten" Frankreich. Im „Rude Pravo" lesen wir folgende Episode, die sich bei den letzten Straßenkundgebungen der klerikalen Studentenschaft zugetragen hat: Die Patrioten aus der Mariengasse versuchen bei jeder Gelegenheit den Schein zu erwecken, als ob sie die Intelligenzschicht der Nation darstellten. Wie ihre hohe Intelligenz in Wirklichkeit beschaffen ist, davon zeigt am besten ein charakteristischer Vorfall, der sich bei ihrem freitägigen Umzug aus der Kramař-Versammlung zugetragen hat. Der Umzug ging unter dem Gesange des Liedes „Hej Slovane" über die Nationalstraße. Bei der Verlagsbuchhandlung Topič stand ein älterer Herr, intelligenten Aussehens, mit dem Hut auf dem Kopfe. Da sprang ein dickbäuchiger Mann, auf den ersten Blick als ein rot-weißer Kramařianer erkennbar, zu ihm und riß ihm unter Beschimpfungen und Bedrohungen den Hut vom Kopfe, warf den Hut auf die Erde, trat auf ihm herum und ging dann im Bewußtsein, eine Heldentat vollbracht zu haben, weg. Der Angefallene packte ihn mit festem Griffe an der Hand, rief in französischer Sprache nach einem Wachmann und forderte mit allem Rechte vom patriotischen Grobian Aufklärung. Der nationaldemokratische Held benahm sich aber wie ein Lausbub und lief davon. Es handelte sich um einen Franzosen, welcher bestrebt war, französisch, dann englisch und schließlich auch italienisch ein Gespräch anzuknüpfen, um die Ursache des groben Ueberfalls zu erfahren. Nach längerer Zeit wurde ihm eine „Aufklärung" zuteil, die fast damit geendet hätte, daß die patriotischen rot-weißen Kramařleute am Ende einen „Sohn des befreundeten Frankreichs" gelyncht hätten. Sehr verärgert ging er mit seinem von der Proger patriotischen Gasse ausgebügeltem Hut davon. Hej Slovane, nur so weiter!

Die Nationalsozialisten kneifen auch in Eger aus. Auf den 18. Mai hatten die deutschen Nationalsozialisten Egers eine Versammlung einberufen, zu der auch Arbeiter erschienen waren, die aber, da die Nationalsozialisten es vorzogen, die Versammlung frühzeitig zu schließen, über den „nationalen Sozialismus in Bayern und die sudetendeutsche nationalsozialistische Partei" leider nichts zu hören bekamen. Aus diesem Grunde beriefen unsere Egerer Genossen eine Versammlung mit derselben Tagesordnung für den 31. Mai ein. Trotzdem die Nationalsozialisten volle Redefreiheit zugesichert erhielten, waren sie zu feige, in offener Versammlung ihren Mann zu stellen und blieben zu Hause. Dafür kamen aber über 2000 sozialdemokratische Arbeiter, vor denen Genosse Zischka die nationalsoziali-

stische Partei und ihre üble Kampfesweise in zutreffenden Worten charakterisierte. Insbesondere befaßte sich unser Referent mit Herrn Hitler, der vom Duzer „Tag" als „Vollnatur" gepriesen wird und sich heute mit dem Glorienschein eines nationalen Heroen umgibt, während er es im Kriege vorzog, ein Kompagnieschreiberlein zu spielen. Nach ihr sprach noch der kommunistische Sekretär Bielek, der sich in seinen Ausführungen jeden Angriffs auf die Sozialdemokraten enthielt, so daß Genosse Zischke im Schlußwort feststellen konnte, daß „wir heute noch eine geschlossene und einige Arbeiterbewegung haben würden, wenn in den letzten drei Jahren in allen Versammlungen von den Kommunisten so gesprochen worden wäre, wie dies Bielek tat." Mit der Absingung des „Liedes der Arbeit" war die Versammlung, die einen so überaus glänzenden Verlauf nahm und den Beweis lieferte für die unversiegbare Werbekraft unserer Ideen, geschlossen.

In alle Winde. Eine Plenarversammlung der „Lokalorganisation der tschechischen fortschrittlichen Sozialisten", das ist der Modrachegruppe, in Lieben bei Prag, beschloß, ihr rühmliches Dasein zu beenden und den Mitgliedern zu empfehlen, sich irgendeiner politischen Partei, die ihnen ideell am nächsten steht, anzupassen.

Ausland.

Der schnittigste Wahlrechtraub der Geschichte.

Die Wahlreformvorlage Mussolinis.

Einem Havasbericht aus Rom zufolge, genehmigte Mussolini den Wortlaut des Gesetzentwurfes betreffend die politische Wahlreform. Sie soll auf dem Majoritätssystem mit Anwendung der Proportionalvertretung für die Wahlverzeichnisse der Minderheiten begründet sein. Gleichzeitig genehmigte er den Gesetzentwurf, durch welchen Frauen einiger Kategorien bei Gemeindewahlen das Wahlrecht und die Wählbarkeit zuerkannt wird. Die Grundlage für die Wahlen wird der Staatswahlkreis sein, eine ideale Sache, wenn er mit dem Proporz für alle Parteien verbunden wäre. Tatsächlich aber soll nach den vorläufigen Informationen **das Verhältnisverfahren nur für die 179 Mandate angewendet werden, welche von den faszistischen Wahlobergeometern den Minoritätsparteien hingeworfen** werden, nachdem die Partei mit den **relativ meisten Stimmen den Hauptrahm mit 356 Mandaten abgeschöpft erhielt.** Betrachten wir die Wirkung dieser sinnreichen Aufteilung an einem beliebigen fingierten Beispiel nach Stimmen und Mandaten:

	Stimmen	Mand.
Faszisten	2,000.000	356
Liberale und Demokraten	1,500.000	55
Popolari aller Schattierungen	1,800.000	55
Unitarier	1,500.000	44
Maximalisten	500.000	15
Kommunisten	250.000	6
Republikaner	150.000	5
Slawische Parteien	45.000	1
Deutscher Verband	35.000	1

Wer im Kopf noch einigermaßen klar ist, muß sich fragen, wo bei einer solchen ungeheuerlichen Aufteilung noch die Spur einer Gerechtigkeit zu finden ist. Wie hoch könnte man einen Parlamentarismus einschätzen, der mit dem Beschluß einer ähnlichen Wahlreform sein eigenes Grab schaufeln wollte? Mussolini hat seinen Italienern schon sehr viel zugemutet. Aber daß sie den Bissen auch noch herunterschlucken sollten, kann man doch nicht glauben. Die Tyrannei und der Aberwitz der Faszisten wird an nichts so anschaulich wie an diesem unverschämten Versuch, ihre Herrschaft dauernd zu verankern.

Eine widerliche Komödie. Sonntag wurde in Chaumont des „Denkmal der französisch-amerikanischen Freundschaft" feierlich enthüllt und bei dieser Gelegenheit hielten Millerand und Poincaré „schwungvolle Reden". Sie waren, jetzt, nach fast fünf Friedensjahren und nachdem der französische Imperialismus über Europa dahingetobt hat, auf den Ton „Kampf für Freiheit und gegen Unterdrückung" gestimmt; just Poincaré, der mit Iswolski den Revanchekrieg genau so abgekartet hat, wie Wilhelm den „deutschen Krieg" mit seinen habsburgischen Kumpanen, sprach vom „deutschen Ueberfall"; und nachdem die Tagebücher Wilsons veröffentlicht worden sind und man aus ihnen erfahren hat, mit welcher Lüge, List und Gewalt ihm die Friedensverträge abgepreßt worden sind, spricht Poincaré von den „50.000 amerikanischen Söhnen, die nicht deshalb gestorben sind, damit Frankreich das vorenthalten werde, was ihm zusteht". So wagt der Mann zu reden, trotzdem die Vereinigten Staaten, angeekelt von der Blutatmosphäre Europas, die Ratifizierung der Friedensverträge verweigert, den Völkerbund boykottiert und den Raubzug an die Ruhr eindeutig verurteilt haben. Aber den Schaumschlägern der bürgerlichen Politik ist keine Lüge zu grob und widerlich, um sie nicht, wofern sie sich nur in eine klangvolle Phrase pressen läßt, schamlos zu gebrauchen, und die vom nationalistischen Dunst umnebelten Massen sind gläubig genug, jeden Betrug als Evangelium der Wahrheit hinzunehmen. Die anderen freilich empfinden über den Mißbrauch von 50.000 Toten, die durch eigenen Irrtum oder staatliche Gewalt in den Tod für die imperialistisch-kapitalistische Unersättlichkeit gehetzt wurden, nur brennende Scham und untilgbaren Ekel.

Czernin an den Pranger gestellt.

Eine hirnlose Lüge des Grafen Czernin. — Aufsehenerregende Enthüllungen. Genosse Dr. Renner über die schändlichen Quertreibereien des Jammergrafen.

Vom Grafen Czernin, österreichischen Außenminister Karls seligen Angedenkens und derzeit Führer der Wiener „Freiheitlich-Bürgerlichen", ist bekannt, daß er bei dem Grafen Andrassy, dem letzten Außenminister Altösterreichs, Ende Oktober 1918 angeregt habe, englische Truppen um die Besetzung Wiens und Deutschösterreichs zu ersuchen. Nicht das Interesse des Kaisers oder des zerfallenden Staates trieb ihn zu dieser Lumperei, sondern die schlotternde Angst um sein eigenes schäbiges Ich und um die Aristokratenkaste, der er entstammte. Aus dem sauberen Plan wurde nichts, aber er haftet als doppelt schwarzer Fleck auf Czernins schon sowieso genug dunkler Vergangenheit und so sucht er ihn denn aus der Welt zu schaffen, indem er behauptet, der Staatskanzler Dr. Renner habe den englischen Oberst Strutt gebeten, mit englischen Truppen Deutschösterreich zu besetzen. Da Strutt im März 1919 als Beauftragter König Georgs den Kaiser Karl aus Eckartsau ins Ausland begleitete, hätte dieses Ersuchen in den März 1919 fallen müssen, also just in die Zeit, wo die Sozialdemokraten nach den Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung auf dem höchsten Gipfel ihrer Erfolge standen. Eine solche Sinnlosigkeit kann den sozialdemokratischen Führern auch nicht ihr verbissenster Feind zumuten, dazu bedarf es schon der ganzen infernalischen Dummheit und niederträchtigen Verlogenheit Czernins. Gegen die Feststellungen des Genossen Otto Bauer in der Samstagsitzung des Nationalrates veröffentlicht nun der Czernin im Wiener „Sonn- und Montagsblatt" einen Brief Struttis, worin dieser erklärt, Dr. Renner habe ihn „gebeten, ja beschworen," Truppen nach Oesterreich zu senden. Strutt habe darauf geantwortet: „Sie verlangen die Truppen nur, weil Sie für Ihr und Ihrer Freunde Leben fürchten, Ihr Land zähle nicht mit." Strutt ermächtigte schließlich Czernin, von diesem Schreiben Gebrauch zu machen. Dieser Brief Strutts beweist uns, daß der englische Oberst bei seiner mangelhaften Kenntnis der deutschen Sprache irgend eine Aeußerung Dr. Renners vollkommen mißverstanden hat oder daß er bewußt lügt. Czernin aber, dem ein paar Zeilen genügen, um wider besseres Wissen eine in sich selbst unmögliche Sache als wahr und als geschehen hinzustellen, beweist, daß er auch das dümmste und niedrigste Mittel nicht verschmäht, um sich selbst herauszulügen und um den politischen Gegner zu verleumden. Und diesem Mann war das Schicksal Oesterreichs anvertraut, seine Dummheit und Bedenkenlosigkeit, die den Frieden von Brest-Litowsk verbrach, hat den Krieg vielleicht um Jahre verlängert und Hunderttausende vernichtete Menschenleben und zugrundegerichtete Existenzen auf dem Gewissen!

*

Wien, 4. Juni. (Eigenbericht.) Dem lumpigen Grafen Czernin wurde heute in der Sitzung des Nationalrates ein schwarzer Tag bereitet, der ihm und seiner verlotterten Kaste unvergeßlich bleiben wird. In einer glänzenden Rede, in der Genosse Dr. Renner mit Czernin abrechnete, stellte er zunächst fest, daß er mit dem Oberstleutnant Strutt zweimal gesprochen habe, und zwar beide male nur, um den Abtransport des Kaisers zu regeln. Als der Oberstleutnant Strutt verlangte, daß er den Kaiser entweder in Eckertsau oder unterwegs durch österreichische Soldaten beschützen lassen solle, habe Renner erklärt, daß das ganz unmöglich sei; wenn die englische Regierung ein Interesse daran habe, solle sie den Kaiser durch englische Soldaten ins Ausland bringen lassen. Daß er nicht verlangt haben könne, daß England Oesterreich militärisch besetze, gehe schon aus der politischen Lage von damals hervor, da die ganze Wirksamkeit des Koalitionskabinettes damals darin bestand, die militärische Besetzung Oesterreichs zu beenden. Jedenfalls sei es ausgeschlossen, daß er mit einem untergeordneten Offizier über solche Sachen verhandelt hätte, wo England einen militärischen Bevollmächtigten hier hatte. Dann wendete sich Renner mit vehementer Schärfe gegen Czernin und sagte: **Sie waren zeimal in der tschechischen Gesandtschaft, und zwar am 15. Juni 1919 beim Gesandten der tschechischen Republik Tusar.** Es wurde mir damals nach Saint Germain berichtet; ich habe aber gesagt, laßt diese Dummheiten gehen. **Sie haben in der Gesandtschaft gesagt: Jetzt müsse man die feindliche Besetzung von den Mächten verlangen und der tschechische Gesandte solle sich darum bemühen. Auf den Einwand, die Regierung wolle es nicht, haben Sie gesagt: „Die Regierung Renner-Bauer will das natürlich nicht, aber man muß es trotzdem machen!" Sie haben, eine verschwindende Minderheit von Malkontenten, gegen eine Regierung Hochverrat begangen, welche vier Fünftel des Landes vertreten hat! (Stürmischer Beifall!)**

Damals fand auch in Wien eine Generalskonferenz zusammen mit den Gesandten der tschechischen Republik statt. In dieser Konferenz sagten die Generale, wir müssen doch Wien besetzen, denn es kommen die Angehörigen der bürgerlichen Kreise und verlangen die Besetzung. (Bewegung!) Darauf fragte einer der Gesandten: Ja wer denn? Da hieß es: zum Beispiel der frühere Minister Graf Czernin.

Sie sind also nicht nur zu den Gesandten, sondern auch zu den Generalen der Entente gegangen, Sie persönlich! Im April 1918 hat der Graf Czernin von dem

elenden, erbärmlichen Masaryk

gesprochen. Ein Jahr später, als Oesterreich Republik war, hat sich Czernin um einen Paß in die Schweiz beworben. Er war damals bei mir, da wir ihn aber kannten, haben wir ihm den Paß nicht gegeben, **worauf Czernin den Mut hatte, sich an diesen elenden Masaryk zu wenden,** daß er ihm diesen Paß verschaffe! (Stürmische Zwischenrufe gegen Czernin!)

Renner schließt: „Ich überlasse Sie dem Urteil aller Urteilsfähigen in diesem Lande, das Volk wird über Sie urteilen. Es ist klar, daß Leute, die mit allen Mitteln zur Geltung kommen wollen, in dem Bewußtsein ihrer absoluten Unfähigkeit zu den bedenklichsten persönlichen Mitteln greifen. Zu diesen Leuten gehören Sie!" (Langanhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

England — Rußland — Japan.

London, 4. Juni. (Tsch. PB.) Tschitscherin erklärte in einer Unterredung mit dem Moskauer Berichterstatter der „Daily News", die Klausel sieben der britischen Note werfe die gesamte Frage der Ansprüche sowie die Frage der persönlichen Schäden auf. Diese Frage habe die Konferenz von Genua und die Haager Konferenz zum Scheitern gebracht, und sie jetzt aufzuwerfen, bedeute die Absicht, eine Versöhnung unmöglich zu machen. Tschitscherin erklärte, seiner wohlerwogenen Ansicht nach wünsche Lord Curzon einen Bruch. Es sei ersichtlich, daß nach den russischen Zugeständnissen nun neue Forderungen aufgestellt werden. Ebenso konstatieren die Moskauer Blätter die tatsächliche Gefahr eines diplomatischen Bruches zwischen Rußland und England. Sie halten dafür, daß eine militärische Intervention unter den gegenwärtigen Verhältnissen unwahrscheinlich ist, daß aber einige Kreise die Erneuerung der Blockade erschnen! In der „Iswestija" legt Stöklov dar, daß die Sowjets die finanzielle und wirtschaftliche Blockade durchbrochen hätten, indem sie Vereinbarungen mit verschiedenen Staaten, deren Zahl zunehme, abgeschlossen und wirtschaftliche Beziehungen mit privaten Gruppen jener Länder, welche keine offiziellen Beziehungen zu Rußland unterhielten, angeknüpft hätten. Die englischen Imperialisten und einflußreiche kapitalistische Gruppen, welche über diesen Durchbruch der wirtschaftlichen Blockade, namentlich über die Ausfuhr russischen Naphthas verstimmt seien, strebten nach Stöklov den Bruch an, um so neuerdings zur früheren formalen politischen Blokkade zu gelangen. Aber die englischen Handels- und Industriekreise, welche die Gefahr riskieren, daß der Handel mit Rußland in fremde Hände gelange, würden nicht zulassen, daß Curzon in der auf einen Bruch abzielenden Politik bis zum Aeußersten schreite. Andere Blätter deuten Curzons Vorgehen dahin, daß er das russische Staatsmonopol des Außenhandels durchbrechen und zu privaten Handelsbeziehungen mit russischen Exportfirmen gelangen wolle.

Während sich so die russisch-englischen Beziehungen verschärfen, hat der japanische Ministerrat die Einleitung von Vorverhandlungen mit Rußland beschlossen. Der „Times" zufolge können die durch den Sowjetvertreter Joffe als Grundlage der Verhandlungen angebotenen Bedingungen, wie folgt, zusammengefaßt werden: 1. gleicher Status; 2. Rußland ist nicht der Ansicht, daß es Anerkennungen durch Garantie der Sicherheit des Lebens und des Besitzes von Ausländern zu erkaufen brauche; eine solche Garantie bestehe in den russischen Gesetzen; 3. der Vertrag von Portsmouth muß automatisch von dem Beginn der Tätigkeit der japanisch-sibirischen Expeditionsstreitkräfte als aufgehoben angesehen werden. 4. Die Sowjetregierung erachtet sich für die Kriegsschulden nicht verantwortlich; 5. Rußland will Nord-Sachalin nicht verkaufen, ist jedoch vielleicht bereit, eine Milliarde Goldrubel zu nehmen (?) Das japanische Kabinett vertagte nach einer langen Erörterung der russischen Frage die weitere Beratung bis Dienstag und bereitet, wie der Berichterstatter der „Times" meldet, gegenwärtig Gegenvorschläge in Erwiderung auf Joffes Vorschläge vor; diese werden jedoch vom japanischen Außenamte in Abrede gestellt. Nach dem Berichterstatter besteht in Japan eine starke öffentliche Neigung zu Gunsten der Anerkennung der Sowjetregierung.

Tages-Neuigkeiten.

Juni.

Juni hat die Stirn mit Rosen umkränzt,
Sonnengold seine flimmernden Haare sind.
Eine süße, schmiegsame Seligkeit glänzt,
Und ein Träumen durch all sein Düften rinnt . . .

Tage spannen sich lang und weich und blank,
Tage, die kaum umschattet sind von der Nacht, —
Tage, die angefüllt sind mit Vogelsang
Und mit schimmernder Blumen- und Blütenpracht!

Alles atmet Verheißung, Schönheit und Licht . . .
Mag deine Bürde auch lastend und drückend sein:
Hebe dein werktagermüdetes Angesicht,
Laß es umglänzen von blinkendem Junischein!

Ach, der dunklen Monde sind noch genug,
Da du gebückt deinen Weg durch den Alltag ziehst!
Erde, nun bist du frei vom Winterfluch!
Erde der Menschen, du lächelst, du glänzt, du blühst! . . .

L. L.

Ein kommunistisches Kerzelweib. Daß der ehemalige Obmann des Preßburger „roten Gewerkschaftskartells", Rudolf Chowan, unter die Christlichsozialen gegangen ist, wissen unsere Leser bereits. Nun sollen sie auch erfahren, wie radikal dieser Kommunist in seiner Anpassungs- und Handlungsfähigkeit ist. Am Sonntag, den 27. Mai — so berichtet unser Preßburger Parteiblatt — zog ein Trupp Christlichsozialer zur Prozession nach Marjatal. Am Rückweg ging der Prozession Rudolf Chovan mit mehreren anderen „Revolutionären" entgegen. In der Hand hielt er eine dicke brennende Kerze, wohl zum Zeichen, wie viel überflüssiges revolutionäres Feuer in seiner Brust lodert! Die Frage eines Angestellten, wie er dazu käme, an dieser Prozession teilzunehmen, beantwortete er kurz damit, „daß man doch dem Milieu Rechnung tragen muß, in dem man sich bewegt" Also endet die politische Laufbahn eines gewöhnlichen Strebers wirklich im Lager der Christlichsozialen. Als es lohnend war Kommunist zu sein, stand er dort in der ersten Reihe und schrie am lautesten. Jetzt scheint sein persönliches Interesse am besten bei den Christlichsozialen gewahrt zu sein, ergo ist er genau ein so begeisterter Christlichsozialer, als er ein begeisterter Kommunist war. Die kommunistische Partei und dieser Chovan haben an einander gleichviel verloren.

Ein Hangar mit drei Flugzeugen in Pilsen abgebrannt. Sonntag abends um 7 Uhr brach aus bisher unbekannter Ursache im Hangar des westböhmischen aviatischen Klubs auf dem Bori-Exerzierplatz in Pilsen ein Brand aus, welchem der ganze Hangar samt den drei darin befindlichen kompletten Flugzeugen zum Opfer fielen. Darunter befand sich ein von den Mitgliedern des Pilsner Klubs erbauter Sport-Zweidecker, welcher sich am 17. Juni in der Kategorie der Sport-Zweidecker um den Preis des Präsidenten bewerben sollte. Von den zwei anderen war der eine ein zweisitziger Doppeldecker (Typ Berg) und der dritte ein einsitziger Doppeldecker derselben Konstruktion. Die zwei letztgenannten Apparate sind Eigentum der Vereinigung Bohemia in Prag. Außerdem wurden einige andere Flugzeuge und viel anderes Material beschädigt. Der durch das Feuer verursachte Schaden, der auf eine Million Kronen geschätzt wird, ist nur zum kleinsten Teile durch Versicherung gedeckt.

Die Hölle von Zala-Egerszeg. Der Schandfleck Ungarns, das Internierungslager von Zala-Egerszeg, war dieser Tage abermals der Gegenstand einer Interpellation im Budapester Abgeordnetenhause. Es geht aus dieser Interpellation, die der Abgeordnete Esztergalyos vorbrachte, klar hervor, daß sich die Zustände von Zala-Egerszeg, trotz den Konsolidierungsbestrebungen Bethlens während seiner Entente reise, nicht im geringsten gebessert haben und daß das Leben der dort befindlichen unschuldig Internierten nur eine ununterbrochene Kette unerträglicher Grausamkeiten ist. Genosse Esztergalyos zählte in seiner Interpellation unter anderem folgende Fälle auf:

Der Internierte Philipp Kiraly wollte sich das Haar nicht kurz scheren lassen, da er kein Sträfling sei. Er bekam zehn Tage Einzelhaft und wurde derart verprügelt, daß er vier Wochen lang krank war.

Eine Frau wurde geprügelt, worauf die übrigen Frauen in den Hungerstreik traten Diese wurden dann auch der Reihe nach geprügelt Als mehrere von ihnen in Ohnmacht fielen, wurde ein Polizist um Hilfe gebeten. Dieser antwortete: „Diese Huren sollen krepieren."

Der Internierte Julius Szeles wurde im Gefängnis mit einer Peitsche halbtot geprügelt, weil er Wasser auf den Ho schüttete.

Der Internierte Bela Laszlo wurde, obwohl er schwer herz- und lungenleidend ist, in der Weise gebadet, daß er nach Sonnenuntergang im Hofe nackt mit kaltem Wasser übergossen, mit Stroh und Bürsten unbarmherzig abgerieben, wieder mit Wasser übergossen und dann in der kalten Luft stehen gelassen wurde bis sein Körper trocken war. Tags darauf ist der Mann gestorben.

Die Aerzte unterziehen seit einiger Zeit alle weiblichen Internierten Spiegeluntersuchungen. Alle Frauen, von den Straßendirnen angefangen bis zu einer schwangeren Frau und einem siebzehnjährigen Mädchen, mußten sich der schändlichen und schmerzhaften Prozedur un-

terworfen, die bei der schwangeren Frau und anderen ständige Blutungen zur Folge hatte.

Mit den Verbrechern im Zuchthause Waitzen geht man, wie Esztergalyos feststellte, viel menschlicher um als mit den Internierten von Zala-Egerszeg. Seitdem er seine letzte Interpellation über Zala-Egerszeg vorgebracht habe, haben sich die Leiden der Internierten noch verdoppelt. Der Minister des Innern Rakovszky suchte mit unbeholfenem Leugnen den Eindruck der Ausführungen Esztergalyos abzuschwächen. Abgeordneter Esztergalyos bemerkte hierauf, die Worte des Ministers schienen alles zu rechtfertigen, was er behauptet hatte. Mehrere Mitglieder der Einheitspartei begleiteten diese Bemerkung des Redners mit höhnischem Gelächter, worauf es zu stürmischen Szenen kam. Esztergalyos schloß mit den Worten: „Und wenn die Regierung und die Mehrheit das Zala-Egerszeger Lager dennoch aufrecht erhalten, so möge jeder Schmerz, der dort entsteht, jeder Fluch, der sich dort den gepeinigten Lippen entwindet, über ihre Häupter kommen!"

Ein wahres Geschichtchen erzählt ein Leser unseres Dresdener Parteiblattes: Vor ungefähr acht Jahren starb einer Arbeiterfrau innerhalb einer Woche der Mann und ein Kind. In ihrer Not bat die Witwe eine Dresdner evangelische Kirchgemeinde um Unterstützung. Nach einigen Tagen kam der Pfarrer zu ihr, um sich von der Not der Familie zu überzeugen. Das Resultat seiner Betrachtung war der Ausspruch: „Sie haben aber noch schöne Möbel". Auf dem Tisch stand Mittagessen der Frau und ihrer Kinder: Pellkartoffeln mit Wurstfett. Dieser Anblick entlockte dem Pastor die Worte: „Hm — das ist auch ein schönes Essen". Sprach's und verschwand, und die Witwe wartet heute noch auf Unterstützung. — Vor einigen Wochen kommt von derselben Kirchgemeinde ein schwarzbefrackter Herr zu derselben Witwe und schildert ihr in bewegten Worten die Not der Kirche. Seine Bitte um Unterstützung der Kirchgemeinde beantwortete die Frau mit einem schönen Gruß an jenen Pfarrer, der sicher noch schöne Möbel und wahrscheinlich auch schönes Essen habe.

Krüppel und Verbrechen. In der reichsdeutschen „Zeitschrift für Krüppelfürsorge" werden interessante Einzelheiten aus den Ergebnissen einer Statistik über alle Krüppel, die sich im preußischen Staatsgefängnissen befinden, mitgeteilt. Es ergab sich für den Dezember 1921, daß sich in 93 Anstalten 352 Krüppel als Strafgefangene befanden, d. h. 3.78 tägliche Durchschnittsbelegungszahl. Von diesen 253 Krüppeln waren 193 Kriegsbeschädigte und 159 Friedenskrüppel, d. h. 0.25 pro Tausend von allen Strafgefangenen, deren Zahl sich in den Anstalten auf 64.000 belief. Es wurden nun in einem Fragebogen freiwillige Lebensbeschreibungen der kriminellen Krüppel erbeten. Aus den Angaben, die ausnahmslos gemacht wurden, geht hervor, daß Willensschwäche, Willensstörung, momentane Unzurechnungsfähigkeit und Arbeitsunfähigkeit als Selbstentlastungsgründe angegeben wurden. Besonders der Arbeitsmangel von 1919—1920 ist daran schuld, daß viele Krüppel zu Verbrechern wurden.

Das Erdbeben in Persien. Den neuesten Meldungen aus Teheran zufolge wurden bei dem jüngsten Erdbeben zwanzig Dörfer zerstört und 2240 Personen getötet. Reuter meldet aus Teheran: Die amtliche Mitteilung über das Erdbeben in der Gegend Turbeti-Heidari lautet: Am 26. Mai ereigneten sich heftige Erdstöße, die den ganzen Tag andauerten. Die Basare der Stadt wurden zerstört, ebenso 30 Dörfer und Flecken, die im Umkreise von 40 Meilen um die Stadt liegen. In der Stadt wurden bisher 40 Leichen geborgen, in der Umgebung 2200.

Ein Grab aus der Steinzeit bei Karlsbad. Beim Erweiterungsbau des Karlsbader städtischen Elektrizitätswerkes stießen die Arbeiter in der Nähe von Weschitz an der Eger in der Tiefe von etwa 60 Zentimetern auf ein Grab mit einem sehr gut erhaltenen Skelett in hockender Stellung, neben dem sich steinerne Waffen befanden. Die ganze Grabstätte wurde gehoben und ins Städtische Museum überführt. Auf Grund der Steinwaffen schließt man auf das prähistorische Alter der Grabstätte.

Das Verbrechen zweier „Aerzte." Die Berliner Kriminalpolizei verfolgt jetzt zwei gefährliche Subjekte, die in Saarbrücken als Aerzte und ungarische Flüchtlinge auftraten. Sie fanden als Flüchtlinge bei einer Familie in Saarbrücken Unterkunft, wo sie sowohl den Hausherrn als dessen Frau behandelten. Eines Tages erklärten sie, daß sie für die Diagnose eine Blutprobe bedürfen. Sie entnahmen diese Blutprobe dem Oberarm des Hausherrn und machten ihm dann eine Einspritzung in den Arm. Auch die Frau erhielt eine solche Einspritzung. Als der Mann, der bald darauf eingeschlafen war, am anderen Morgen erwachte, waren die „Aerzte" verschwunden und hatten 50.000 Bargeld und viele Juwelen mitgenommen. Die Frau lag in einem anderen Zimmer auf dem Sofa und war im Zustande der Betäubung mißbraucht worden. Es ist festgestellt, daß die zwei Schwindler einen Teil der Sachen in Berlin verkauft haben.

Ein gräßlicher Unfall ereignete sich dieser Tage in der Brüxer Faßfabrik Kuchinka. Der 19-jährige Hilfsarbeiter Klimesch hatte in der Fabrik das Auskochen der Faßdauben in einem ungefähr einen Meter hohen Bottich in kochendem Wasser zu besorgen. Er dürfte beim Herausnehmen der Dauben das Gleichgewicht verloren haben und stürzte in das siedend heiße Wasser herein. Als ihn die Arbeitskollegen herauszogen, hatte der Bedauernswerte bereits fürchterliche Brandverletzungen am Kopfe, Händen und am ganzen Körper erlitten, denen er kurze Zeit hierauf im Krankenhause erlag.

Ein modernes Strafgesetz.

Kopenhagen, 4. Juni. (AR.) Die dänische Kommission für die Neuregelung des Strafgesetzes, die seit November 1917 ihre Sitzungen abhält, hat dieser Tage ihren Bericht dem Justizminister vorgelegt. Zur Mehrzahl der Kapitel hat sowohl die Majorität als auch die Minorität in der Kommission ihre Anträge gestellt. Die wichtigsten Vorschläge der Mehrheit sind folgende: Abschaffung der Todesstrafe, die seit dreißig Jahren nicht zur Anwendung gelangte und seit dem Bestand des Gesetzes, da ist seit 1866, bloß viermal angewendet worden ist. Weiters wird die Aufhebung der Gefängnisstrafe bei Wasser und Brot, die Zwangsarbeit, der Amtsverlust, der Verlust des Wahlrechtes und der körperlichen Züchtigung als Disziplinarstrafe, beantragt. Nach dem Mehrheitsvorschlag würden die Strafen nach dem neuen Strafgesetzbuch auf diverse Haftformen und Geldstrafen beschränkt werden. Ferner schlägt die Kommission eine besondere Regelung der Dauer der Gefängnishaft vor, die bei jugendlichen Verbrechern unter 21 Jahren drei Jahre nicht überschreiten soll. Desgleichen empfiehlt die Kommission, daß die Lästerung nicht ins neue Strafgesetzbuch aufgenommen werde, da sie es nicht als natürlich empfindet, daß Glaubensbekenntnisse und religiöse Zeremonien der Glaubensgenossenschaften durch das Gesetz vor Verspottung und Lästerung geschützt werden. Die Kommission hält dafür, daß die Verurteilung solcher Fälle durch die öffentliche Meinung für deren Unterdrückung wirkungsvoller und natürlicher sei.

Sieg der Alkoholfreunde in der Schweiz.

Die von der Schweizer Bundesregierung beantragte die Ausdehnung des Staatsmonopols auf Alkohol inländischer Obst- und Weinbrennereien und die Einführung der Besteuerung der Brennereien verschiedener Spezialitäten wurde in einer Samstag und Sonntag vorgenommenen Volksabstimmung, die eine starke Beteiligung aufwies, in der Mehrheit der Kantone mit rund 260.000 gegen 360.000 Stimmen verworfen. Das Ergebnis der Abstimmung wurde mit Spannung erwartet und war bis zum letzten Momente ziemlich unsicher. Den Gegenstand der Volksabstimmung bildete ein Bundesbeschluß, nach welchem die Alkoholgesetzgebung auf eine neue Grundlage gestellt werden sollte. Nach dem bisherigen Rechte, das vom Jahre 1885 datiert, waren nur die Getreide-, Kartoffel- und Zuckerbrennereien der Besteuerung unterworfen. Die unbesteuerte Obstbrennerei hatte in den letzten Jahren einen gewaltigen Aufschwung genommen. In der Periode 1880/84 wurde ihre Produktion im Jahresdurchschnitt auf 10.000 Hektoliter geschätzt, heute beträgt sie weit über 60.000 Hektoliter. Die Gesamtzahl der Brennereien ist auf mehr als 35.000 angewachsen. Die neue Verfassungsbestimmung wollte nun auch das Brennen von Wein, Obst und deren Abfällen, von Enzianwurzeln, Wacholderbeeren und ähnlichen Stoffen besteuern. Die Regierung wollte damit einerseits eine Einschränkung des Schnapskonsums erzielen, andererseits der Eidgenossenschaft und den Kantonen neue Mittel zuführen. Das Abstimmungsergebnis wirkt besonders skandalös, wenn man hört, daß drei Fünftel den Kantonen und zwei Fünftel der Eidgenossenschaft zufallen und daß die Kantone 15 Prozent ihres Anteiles zur Bekämpfung des Alkohismus, die Eidgenossenschaft 95 Prozent für die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenen-, die Kranken- und Unfallversicherung zu verwenden hat. Die Schweizer Genossen hatten denn auch die Annahme des Vorschlages mit folgender Begründung empfohlen: Die schädlichen Wirkungen des Schnapsgenusses sind eigentlich zu offensichtlich, als daß wir eingehend dessen Bekämpfung erläutern müßten. Eine Unsumme Verbrechen und Gebrechen wie Geisteskrankheiten, Tuberkulose und Unfähigkeit der Frauen, ihre Kinder zu stillen, sind dessen Folgen. Gegen diese verheerenden Wirkungen sollen und müssen wir uns wehren. Genossen, bekundet deshalb euren Abwehrwillen dadurch, daß ihr am Samstag und Sonntag ein kräftiges Ja in die Urne legt!" Aber das Alkoholkapital war stärker.

Telegramme.

Enthüllung eines Jaures-Denkmals.

Carmaux, 3. Juni. (Tsch. PB.) Heute fand die Enthüllung eines zur Erinnerung an Jaures errichteten Denkmals in Anwesenheit von 30.000 Personen statt. Sozialistische Delegierte aller Parteischattierungen, Gewerkschaftler, Kommunisten und sozialistische Radikale nahmen an der Feier teil. Es wurden zahlreiche Ansprachen gehalten. Unter anderem verurteilte Anatole France die Ruhrbesetzung und erklärte, er sei überzeugt, daß eine feste und friedliche Aktion ebenso wirkungsvoll gewesen wäre und daß im übrigen die Wiederaufnahme der Geschäfte mit einem benachbarten Volke dem französischen Volke in sicherer Form Wohlstand bereiten würde. Namens der belgischen Sozialisten sprach Vandervelde, der auch den Gruß der sozialistischen Internationale überbrachte.

Polizeiuntersuchungen gegen die Hundertschaften im Ruhrland.

Berlin, 4. Juni. (Tsch. P.-B.) Nach einer Meldung der „Montagspost" aus Elberfeld haben die Polizeibehörden in Dortmund und Bochum die Ermittlungen nach den Anführern und den Angehörigen der kommunistischen Hundertschaften mit Erfolg fortgesetzt. In Dortmund wurden etwa 500 Personen verhaftet, festgenommen und vernommen. Ein Teil der Verhafteten wurde wieder freigelassen. Bei zahlreichen Hausdurchsuchungen wurden Waffen und Munition in reichem Maße vorgefunden.

Vor einer Aufhebung der Ausnahmsbestimmungen im Saargebiet.

Paris, 3. Juni. (Havas.) Poincaré hat in London die Antwortnote auf die englische Denkschrift betreffend die Schaffung einer Untersuchungskommission für das Saargebiet überreichen lassen. In der französischen Antwort wird die Rechtmäßigkeit des von London empfohlenen Verfahrens bestritten, weil es in den Vertrag eingreift, welcher Frankreich die volle Freiheit der Exploitierung der Gruben garantiert. Die französische Regierung ist der Ansicht, daß die Verwaltungskommission des Saargebietes nicht unter Kontrolle des Völkerbundes gestellt werden könne und daß die am 7. März erlassene Verordnung vollkommen rechtskräftig sei. Die englischen Einwendungen werden übrigens in der kürzesten Frist gegenstandslos werden, da im Saargebiete wieder Ruhe eingetreten und die Arbeit auf den Gruben wieder aufgenommen worden ist. Die Verwaltungskommission wird deshalb die Ausnahmsverfügungen, welche sie infolge Streiks anzuordnen gezwungen war, aufheben.

Polizei schießt auf sozialdemokratische Versammlungsteilnehmer.

Berlin, 4. Juni. (Eigenbericht.) In dem Orte Feucht bei Nürnberg hat sich gestern ein empörender Vorfall ereignet. Um dem immer dreisteren Auftreten der Nationalsozialisten zu steuern, veranstaltete unsere Partei eine öffentliche Versammlung, auf der zwei unserer Parteisekretäre sprachen. Während der sonst ruhig verlaufenen Versammlung ereignete sich außerhalb des Versammlungslokales ein unbedeutender Zwischenfall, welchen die der Organisation „Reichsflagge" angehörigen Nationalsozialisten zum Anlaß nahmen, um die Landespolizei aus Nürnberg herbeizurufen, die auch in der Stärke von 40 Mann „zu Hilfe" eilte und mit den Hitlerleuten gemeinsame Sache machte. Ohne jede Veranlassung schoß die Polizei in die Versammlungsteilnehmer herein, von denen eine Anzahl verletzt und ein sehr tüchtiger Parteigenosse getötet wurde. Hiezu bringen die bürgerlichen Pressebüros falsche Darstellungen. So behauptet das Wolffbüro, daß von den Versammlungsteilnehmern zuerst geschossen wurde. Sie waren aber sämtlich unbewaffnet; die Polizei hat nur auf das Kommando der Hitlerleute hin gehandelt.

Die österreichische Sozialdemokratie ununterbrochen im siegreichen Vormarsch.

Wien, 4. Juni. (Eigenbericht.) Gestern haben in dem wichtigen Industrieorte Ternitz in Niederösterreich Wahlen in die Gemeindevertretung stattgefunden. Die Wahlung sind durch Verschmelzung des Ortes mit zwei anderen Gemeinden notwendig geworden. Die Christlichsozialen und Großdeutschen haben sich zu einer Wirtschaftspartei zusammengeschlossen und stellten eine gemeinsame Kandidatenliste auf. Die Kosten dieser Wahl zahlen auch diese beiden Parteien, denn wiederum ging aus dieser Wahl die Sozialdemokratie siegreich hervor. Von 30 Mandaten, die zur Besetzung gelangten, eroberten die Sozialdemokraten, die auf ihre Liste auch einige Kommunisten übernommen hatten, 24 Mandate. Die katastrophale Niederlage der vereinigten Bürgerlichen drückt sich in der Stimmenanzahl von 874 Stimmen (gegenüber 3385 der Sozialdemokraten) und sechs Mandaten aus.

Kleine Chronik.

Ein Schiffszusammenstoß.

London, 4. Juni (AR). Ein schwerer Schiffszusammenstoß hat sich gestern morgens bei Belfast ereignet. Der Passagierdampfer „Graphic" der von Liverpool nach Belfast unterwegs war und ungefähr 200 Passagiere, darunter zahlreiche Frauen und Kinder am Bord hatte, ist auf den amerikanischen Frachtdampfer „Balsam" gestoßen. Der „Graphic" erlitt am Heck ein klaffendes Leck und begann alsbald zu sinken. In der Nähe befindliche Schiffe eilten zur Hilfe herbei und konnten sämtliche Passagiere, sowie die gesamte Mannschaft auf Rettungsbooten in Sicherheit bringen.

Ein Mückenleichenzug. Wie aus Niederzahden a. d. Oder gemeldet wird, konnte man dort in den letzten Tagen eine merkwürdige Erscheinung beobachten. Das ganze linke Oderufer entlang war das Wasser mit einem ein bis zwei Meter breiten Streifen aus Mückenleichen und deren Larvenhäuten bedeckt. Die Mücken, die am vorangegangenen warmen Tage wahrscheinlich ausgeschlüpft waren, sind durch einen in der Nacht darauf auftretenden starken Nebel in das Wasser gedrückt worden, und fanden dadurch ihren Tod. Da der Leichenzug mehrere Kilometer lang war, müssen Billionen von Blutsaugern vernichtet worden sein.

Bahnbrechende Neuerung im Fernsprechwesen. In dem kleinen oberbayerischen Städtchen Weilheim wurde in den letzten Tagen ein automatisches Fernsprechamt eröffnet, das eine bedeutende Neuerung auf dem Gebiete des Fernsprechwesens darstellt. Es wurde zum ersten Male in der Welt der Versuch gemacht, das automatische Fernsprechsystem, das bisher nur im inneren Verkehr weniger Großstädte Verwendung gefunden hat, auf den Verkehr verschiedener Orte untereinander auszudehnen. Vorerst kommt eine Gesprächszone von 25 Kilometer im Umkreis in Frage, die bald weiter ausgedehnt werden soll. Als weitere Neuerung im automatischen Fernsprechbetriebe ist dabei zu verzeichnen, daß der Automat nicht nur ohne Beihilfe von Personal die Verbindung herstellt, sondern auch die Gespräche ihrer Zahl und Zeitdauer nach notiert und außerdem den Sprechenden alle drei Minuten über die Länge des Gesprächs durch ein Signal unterrichtet.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Krise im Braunkohlengebiet, die nur den Aktionären gut anschlägt. Vom nordwestböhmischen Kohlenmarkte meldet der „Kohleninteressent": Die Lage der Braunkohlenreviere hat sich bedauerlicherweise auch in der zweiten Maihälfte nicht gebessert. Andauernd stockt die Arbeit fast auf allen Werken beider Reviere und die Förderung sinkt von Woche zu Woche, ebenso der Beschäftigungsgrad der Belegschaft. Die täglich schärfer zum Ausdruck kommende Entwertung der Mark, die das gesamte Ausfuhrgeschäft lahmlegt, trägt ihren Teil zu den oben angedeuteten Verhältnissen bei. Noch nie war so klar zu erkennen, wie notwendig den beiden Braunkohlenrevieren die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu ihren reichsdeutschen Abnehmern ist, wenn die Förderung untergebracht, bezw. auf einer entsprechenden Höhe erhalten werden soll. Leider sind die gegenwärtigen Verhältnisse derart, daß auch das eifrigste Bestreben nach dieser Richtung zunichte wird." — Doch leider und sehr bedauerlicherweise hat die geschilderte prekäre Lage des nordwestböhmischen Kohlengebietes das finanzielle Erträgnis der Gruben und Arbeiter — gewohnheitsgemäß — ausbeutenden Kohlengewerkschaften nicht im mindesten beeinträchtigt. Die in den letzten Tagen bekannt gewordenen Bilanzergebnisse der nordwestböhmischen Aktiengesellschaften weisen Reingewinne aus, die einen Vergleich nur mit den glanzvollsten Perioden der kohlenindustriellen Plusmacherei zulassen. So meldeten die bürgerlichen Blätter am Sonntag, daß die Nordböhmische Kohlenwerksgesellschaft mit einer 70prozentigen Dividende (im Vorjahre 40 Prozent) und die Brüxer Kohlenbergbaugesellschaft mit einer 48prozentigen Dividende ihren glücklichen Aktionären aufwarten werden. Krise im Kohlenrevier und steigende Arbeitslosigkeit auf der einen Seite — steigendes arbeitsloses Einkommen der Aktionäre auf der anderen Seite: so offenbart sich der Widersinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Herabsetzung der Transportsteuer für Kohle. Dem „Kohleninteressenten" zufolge beabsichtigt die Regierung die Transportsteuer von Kohle um 10 Prozent herabzusetzen. Auch soll in der allernächsten Zeit im Verkehre zwischen der ehemals privaten Aussig-Teplitzer Eisenbahn und den tschechoslowakischen Staatsbahnen eine Vereinheitlichung in der Frachtberechnung eintreten. Diese Regelung soll sich auch auf den Kohlenverkehr beziehen, wodurch sowohl wesentliche Vereinfachungen als auch Ermäßigungen der Frachtsätze herbeigeführt würden.

Eine internationale Tagung der keramischen Arbeiter. Die internationale Föderation der keramischen Arbeiter ist Montag in Berlin zu einer Konferenz zusammengetreten. Es ist die erste Zusammenkunft der Vertreter dieser Industrie nach Ausbruch des Krieges.

Die tschechische Großeinkaufsgenossenschaft der Konsumvereinigungen in Prag-Karlin hielt Sonntag, den 3. Juni in der Produktenbörse ihre Generalversammlung ab, an der 233 Delegierte und Gäste von den befreundeten genossenschaftlichen Vereinigungen des Auslandes teilnahmen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates J. Pobišlo begrüßte die Genossenschafter Bradshawe und Olivera aus England, Dr. Isakow aus Bulgarien, Timoschenko aus Rußland, dann die Gen. Abg. Tietl und Direktor Kreisky von den deutschen Genossenschaften in der Tschechoslowakei, ferner die Vertreter mehrerer Regierungsstellen. Die Generalversammlung nahm die Geschäftsberichte zur Kenntnis und sprach der Geschäftsführung ihr Vertrauen aus.

Fortsetzung des Streiks der städtischen Arbeiter in Köln. In einer Versammlung der Straßenbahner wurde, trotzdem die Organisationsvertreter die Annahme des gestern gefällten Schiedsspruches befürworteten, die Weiterführung des Streikes beschlossen. (Es handelt sich hier um einen wilden Streik der Kölner städtischen Angestellten, an dem im ganzen ungefähr 60.000 Arbeiter und Angestellte beteiligt sind. Die lebenswichtigen Arbeiten werden trotz Streiks vorläufig ausgeführt. Bestimmte Anzeichen lassen erkennen, daß die ganze Aktion im Zusammenhang mit den Ruhraufständen steht und daß hier wie dort die Franzosen die Hände im Spiel haben.)

Ein internationaler Genossenschaftstag soll über Anregung des internationalen Genossenschaftsbundes am 7. Juli 1923 in allen Ländern der Welt abgehalten werden. Es soll ein Werbetag sein, an welchem die Genossenschaftsflagge in jedes Dorf und in jede Hütte getragen werden soll. In den größeren Städten sollen imposante genossenschaftliche Demonstrationen, Werbeversammlungen, Ausstellungen von genossenschaftlichen Erzeugnissen, Verteilung von Genossenschaftsliteratur usw. stattfinden.

Die wirtschaftliche Lage Horthy-Ungarns. Dem Bericht des ungarischen Finanzministers an die Wiedergutmachungskommission sind einige Ziffern über die ungarischen Staatsfinanzen zu entnehmen, in denen sich die durch den Krieg und den Friedensvertrag verschlechterte ungarische Wirtschafts- und Friedenslage widerspiegelt. Der Abgang des Staatsvoranschlages beträgt 40.653 Mill. K (89 Millionen Goldkronen). Am 30. März 1923 betrugen die Staatsschulden, berechnet nach einem Kronenkurs von 0.10 Schweizer Centimes 55 Milliarden. Im alten Ungarn waren bei den Banken und Sparkassen kurz vor dem Kriege Einlagen im Betrage von 4,422.673 Goldkronen zu verzeichnen. Hievon entfielen 2,791.556 Goldkronen auf das Gebiet des derzeitigen Ungarn. Im Jahre 1921 wurden die Einlagen in demselben Gebiet bloß mit 230.687 Goldkronen beziffert. Der Vermögensstand der Budapester Geldanstalten beträgt in Goldkronen gerechnet, im Jahre 1921 bloß 5½ v. H. ihres Vermögensstandes vom Jahre 1913.

Polens Industriekrise und Rohstoffversorgung bildet heute eine besonders schwere Sorge der Warschauer Regierung und ist hinsichtlich der Kreditierung der Einkäufe im Auslande namentlich für die polnische Textilindustrie eine Lebensfrage. Eine der Vorbedingungen für die finanzielle Sicherung des weiteren Rohstoffbezuges ist, wenigstens theoretisch, im vorigen Herbst auf Grund von Verhandlungen in Paris und London durch ein Abkommen mit der Lodzer Textilindustrie über die allmähliche Teilung ihrer Vorkriegsschulden für Wolle, Baumwolle und Maschinen erfüllt worden. Jetzt wird nun die Frage des Beitrittes der anderen polnischen Textilindustriebezirke zu diesem Abkommen erörtert. Inzwischen haben große Firmen in Warschau und Bialystok mit englischen, französischen und belgischen Rohstofflieferanten verhandelt und mit ihnen auf Grundlage des Septemberabkommens mit der Lodzer Industrie Abmachungen getroffen — allerdings unter viel günstigeren Bedingungen — da die Lodzer Industrie infolge ihres katastrophalen Geldmangels sich dem Diktat ihrer englischen und französischen Lieferanten einfach unterwerfen mußte. Die polnischen Blätter wollen wissen, daß die englische Regierung Maßnahmen in Erwägung gezogen habe, die es den englischen Ausfuhrfirmen und Industriellen gestatten würden, bei Lieferung von Rohstoffen und Maschinen nach Polen langfristige Kredite in größerem Umfang als bisher zu gewähren.

Ein kapitalistischer Wohltäter. Der bekannte amerikanische Industriemagnat und splendide Wohltäter der Münchner Hitlerbanditen Ford trägt sich mit der Absicht, seine Fabrikswerke in vorzugsweise landwirtschaftliche Gebiete zu verlegen und sie ausschließlich während der Wintermonate mit landwirtschaftlichen Arbeitern zu betreiben. Da die landwirtschaftlichen Arbeiter im Winter beschäftigungslos sind, rechnet Ford mit ihrer billigen Ausnützung und will damit zugleich die den nordamerikanischen Staatsmännern erwünschte Einschränkung der Einwanderung aus Europa rechtfertigen. — So wird mit einem Schlage gleich vielen geholfen: die aus dem von den Hohenzollern zugrundegerichteten Vaterland geflüchteten Auswanderer dürfen sich drüben von dem amerikanischen Stinnes billig ausnützen lassen und entraten so zunächst dem Hungertot in der Heimat; die nordamerikanischen kapitalistischen Staatsmänner lassen sich wieder gerne beruhigen, denn der eingewanderte Lohndrücker ist ihnen das wirkungsvollste Mittel in den Lohnkämpfen gegen die bodenständige Arbeiterschaft und schließlich: hat der Ford in Amerika Geld, dann haben es die gelben Hitlerbanditen auch in den mitteleuropäischen Landen. Von jedem Dollar, den die amerikanischen Ausbeuter den deutschen, tschechischen, slowakischen usw. Auswanderern stehlen, bekommen die europäischen Hakenkreuzler und Fascisten ihre Prozente.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank 16.55.00
Berlin	Mark 2297.00
Wien	österr. Kr. 2129.00

Prager Kurse am 4. Juni.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1327.50	1331.50
10.000 Mark	4.07.50	5.07.50
100 belg. Franks	188.87.50	190.37.50
100 schweiz. Frank	606.75	609.25
1 Pfund Sterling	154.87.50	156.37.50
100 Lire	158.62.50	160.12.50
1 Dollar	33.80.00	34.20.00
100 franz. Franks	219.25	220.75
100 Dinar	41.00.00	41.50.00
10.000 ungar. Kronen	61.50.00	65.50.00
10.000 poln. Mark	5.45.00	6.45.00
10.000 österr. Kronen	4.61.00	5.11.00

Züricher Schlußkurse am 4. Juni.

	Geld	Ware
Paris	35.85.00	35.95.00
London	25.63.00	25.64.00
Berlin	0.00.72.00	0.00.74.00
Mailand	25.80.00	25.90.00
Holland	216.85	217.20
Wien	0.00.78.12	0.00.78.37
Budapest	0.10.00	0.10.50
Prag	16.50.00	16.60.00
New York	5.53.50	5.54.50
Belgrad	6.60.00	6.80.00
Warschau	0.00.95.00	0.01.05.00

Aus der Partei.

Lokalorganisation Prag-Altstadt-Neustadt. Alle Genossinnen und Genossen, die gewillt sind, fleißig an dem Ausbau der Lokalorganisation mitzuarbeiten, die Vorarbeit für die Wahlen zu leisten, erscheinen Dienstag, den 12. Juni, 8 Uhr abends im „Verein Deutscher Arbeiter" Smetschkagasse 11, zwecks Vorbesprechung.

Vertrauensmänner-Versammlungen, in denen über den Hamburger Kongreß berichtet wird, finden im Kreis Bodenbach in folgenden Orten statt: Bodenbach Freitag, den 8. Juni, abends 7 Uhr, in der Volkshalle; Tetschen Sonntag, den 10. Juni, vormittags 9 Uhr; Arnsdorf Sonntag, den 10. Juni, nachmittags 2 Uhr; Eulau Mittwoch, den 13. Juni, abends 7 Uhr in der Volkshalle; Topkowitz Donnerstag, den 14. Juni, abends 8 Uhr, in Pechanz Gasthaus. Referenten die Genossen Wondreja, Kögler und Genossin Perthen.

Bezirkskonferenz Jägerndorf. Sonntag, den 17. Juni, vormittags 9 Uhr, findet im Arbeiterheim in Jägerndorf eine Bezirkskonferenz mit nachstehender Tagesordnung statt: 1. Die bevorstehenden Gemeindewahlen. (Referent Abgeordneter Genosse Jokl.) 2. Parteiangelegenheiten. (Referent Abg. Genosse Heeger.

Kunst und Wissen.

Emanuel Reicher in Tschirikows „Juden". Das bewährte Bühnenwerk, das den Ansturm sozialistischer und zionistischer Ideen auf die Seele des russischen Ghettojuden, das Begeisterung, Hingabe und Pogromwut packend veranschaulicht und auch auf eine sentimentale Liebeshandlung als Würze nicht verzichtet, bot dem berühmten Gast Gelegenheit, all seine Kunst zu entfalten. Emanuel Reicher ist alt, doch nicht geoltert; alttestamentarische Glaubenstreue, märchenhafte Güte und ein fanatisch-opferbereites Festhalten an Volk und religiösen Bräuchen, Kräften also, die in unserer modernen Welt schon ausgestorben seien, machte er durch sein saftiges und intimes Spiel, durch träumerische Schalkhaftigkeit, herzentquellende Wehmut und anspruchslos-storische Größe wieder glaubhaft und lebendig. In unsern modernen Schauspielbetrieb der Stars und Blender reicht Emanuel Reicher mahnend als Vertreter einer Schule hinein, der treues Erfassen und an Mätzchen freie Wiedergabe der Rolle, der entsagungsbereites Einfügen in das Ensemble erstes und letztes Gesetz waren. Schade, jammerschade, daß diese Meister der Innerlichkeit den alles veräußerlichenden Moissi und Genossen haben das Feld räumen müssen. Die Umgebung des Gastes durfte ihm für seine Art Dank wissen. Sie wurde nicht mit Absicht überstrahlt, sondern konnte mit ihren eigenen Werten wirken. Otto Sekiau, Irma Dierks, und Wilhelm Heim sich mit Emanuel Reicher in den reichlich gespendeten Beifall teilen. K.

Der blonde Engel. (Erstaufführung im Neuen Deutschen Theater am 3. Juni.) Die Idee, einmal von der herkömmlichen Kombination einer Verlobung des ersten Soprans mit dem ersten Tenor und der Soubrette mit dem jugendlichen Gesangskomiker wenigstens teilweise abzugehen und den Gesangskomiker zum Partner und Liebhaber beider weiblichen Fächer zu machen, scheint wohl auf den ersten Blick abwechslungverheißend, erweist sich aber nicht als praktisch. Denn fürs erste wird die Operetten-„Sängerin" auf ein ihr ferner liegendes Gebiet gedrängt und gezwungen, sich dem humoristischen Ton unterzuordnen, fürs zweite erzeugt die gänzliche Streichung aller Farben außer der jungrünen eine Eintönigkeit, die selbst durch Häufung von Glöckchen-, Klapper- und Pfeiffeffekten nicht behoben werden kann, durch die ununterbrochenen Kehrreim-Lopereien sogar noch greller wirkt. Den schlagenden Beweis dafür brachte der — wohlweislich als letzte Nummer angesetzte — einzige Schlager des Abends, ein schlichtes Wiener Lied, nach dem der Beifall, selbst nach Zugabe dreier Strophen, nicht enden wollte. Gewiß, es spielte dabei auch der aktuelle, Empfindungen der Allgemeinheit ausdrückende Text und der glücklich getroffene musikalische Ton mit; trotzdem ist das aus Uebersättigung an den Tanzduos entspringende Aufjauchzen des Publikums nicht und muß weniger zu überhören gewesen, als sich bei mancher der vorhergehenden Nummern auch Widerspruch bemerkbar machte. Operettenautoren könnten daraus nützliche Lehren ziehen. Die Verfasser des „Blonden Engels" arbeiteten nach dem Prinzip der Arbeitsteilung: Richard Keßler und Arthur Rebner hatten Szenenfolge und Prosadialoge übernommen, Irene Steudik die Gesangstexte, Robert Winterberg deren Vertonung und Instrumentierung. Die haben gut zusammen gearbeitet und einander „kongenial" ergänzt. Die Aufführung, von Herrn Adi Berger geleitet und durch eigenen Humor gefördert, brachte eine Komikerrevue, wie man sie selten findet: Leopold Gabel, Berta Sillosn, Else Longauer, Louis Laber, Lotte Ferry, Philipp Veit, die pikant kostümierten Manikuristinnen, die noch pikanter dekolletierten Filmdämchen u. s. w., eine Kette, die sich mit Aufopferung und Laune einsetzte, Leben in eine allzu monotone Sache zu bringen. Dr. F. K.

Neues Theater. Heute Dienstag und Donnerstag „Der blonde Engel", morgen Mittwoch Gastspiel Reicher-Kramer „Das Konzert", Freitag „Der fliegende Holländer", Samstag (Premiere) „Die gestohlene Stadt", Sonntag halb 8 Uhr „Die Bajadere", abend (Mozart-Zyklus) „Die Zauberflöte".

Kleine Bühne. Heute Dienstag und Donnerstag Gastspiel Reicher „Die Juden", Freitag Gastspiel Emanuel Reicher „Vater", Samstag und Sonntag „Der blonde Engel".

Turnen und Sport.

Fußball.

Der letzte Sonntag brachte in Prag keine besonderen sportlichen Ereignisse: Die Slavia schlug Sparta Koschirsch mit dem hohen Skore 8:0, Russelsty SK. gegen Vršovice 4:0, Sportbrüder gegen Cechie Smichow 0:1, Viktoria Žižkow gegen Meteor Weinberge 2:2, Cechie Karlin gegen Slavoj VIII 4:3, SK. Pardubice gegen Union Žižkow 2:2, MTK. Kolin gegen Viktoria Weinberge 3:1. — Brünn: Moravska Slavia gegen SK. Königgrätz 0:1, Brünner SK. gegen SK. Hodolany 1:3. — Karlsbad: Karlsbader FK. gegen Spielvereinigung Dresden 4:2, Sparta Karlsbad gegen Borussia Halle 9:1. — Wien: Amateure gegen Rapid 2:0, Sportklub geg. Hertha 0:0, Hakoah gegen WAC. 2:0, Admira geg. Simmering 4:1, Floridsdorf gegen Rudolfshügel 3:2. — Deutschland: Norddeutschland gegen Mitteldeutschland 4:1, Städtespiel Dresden gegen Chemnitz 3:0. — Basel: Länderspiel Deutschland gegen Schweiz 2:1. Ungarn: MTK. gegen Technik 9:0, MAC. gegen Törekves 1:0, UTE. gegen KAC. 1:1, Juglo gegen BAC. 1:0, 33 FC. gegen BAC. 1:0. — Krakau: Jugoslawien gegen Polen 2:1.

Der Prager DFC. gewann gegen Steipner-Korköping 3:1. Tore: Sedlaczek 2, Patek 1.

Die Reserven des DFC. schlugen den SK. Letna 3:0.

Ländertwettkampf Jugoslawien — Polen. In Krakau fand am Sonntag das Länderwettspiel der repräsentativen jugoslawischen Mannschaft mit derjenigen Polens statt, welches mit 2:1 für die Jugoslawen endete. Halbzeit 1:0. Besucherzahl 15.000.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Deutscher Theatergarten
Heute großes Konzert
Anfang 3 Uhr. 1670 Anfang 3 Uhr.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten

Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt
Gärtner & Co., Bodenbach a. E.
G. m. b. H.
Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Satz- und Druckmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postsparkasse Nr. 127.693
1001

Bibliotheken
für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der
Volksbuchhandlung
Ernst Sattler,
Karlsbad.

In einer Stunde
Das Weltall
Philosophie
Weltgeschichte
Kunstgeschichte
Weltliteratur
Deutsche Literatur
Physik, Chemie
Führer von bekannten Autoren wie Bürgel, Schöttler, Klabund, Lassar-Cohn u. a. — Jeder Band gebunden Kč 6.50.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Freihe:t
Teplitz-Schönau,
Theresiengasse Nr. 18.

Mein Reisegefährte.

Von Maxim Gorjkij. 11

Hinter dem Kap, die Wellen durchfurchend, kam ein riesiger Dampfer hervor, und voll Würde auf dem aufgeregten Schoße der See sich wiegend, zog er schnell über die Rücken der Wellen dahin, die wie toll sich auf seine Borde stürzten. Schön und kräftig, glänzend in der Sonne mit seinen Metallteilen, hätte er zu einer anderen Zeit in einem vielleicht den Gedanken wachrufen können, wie das stolze Wirken der Menschen sich die Naturkräfte unterwirft... Aber neben mir lag ein Mensch — der war selber so eine Naturkraft.

8.

Wir gingen durch das Gebiet des Terek. Schackro war zum Verwundern zerzaust und zerlumpt und teuflisch böse, trotzdem er jetzt keinen Hunger mehr litt, weil es reichlich zu verdienen gab. Er zeigte sich gänzlich unfähig zu irgend welcher Arbeit. Einmal hatte er es versucht, bei einer Dreschmaschine das Stroh abzunehmen, war aber schon nach einem halben Tage weggelaufen, weil er sich mit der Gabel blutige Blasen in die Hände gerieben hatte. Ein anderes Mal wurden Kreuzdornbäume ausgerodet, dabei hatte er sich mit der Rodehacke die Haut vom Halse abgeschunden.

Wir gingen sehr langsam, ein paar Tage wurde gearbeitet und einen Tag marschiert. Im Essen war Schackro äußerst unmäßig, und dank seines üppigen Lebens war es mir unmöglich, so viel Geld zu ersparen, daß wir imstande gewesen wären, uns irgend einen Teil der Kleidung neu zu verschaffen.

Und bei ihm hatten alle Teile eine ganze Menge verschiedener Löcher, die wild durch Flikken in allen Farben zusammengehalten waren. Ich redete ihm öfters zu, nicht in die Schenken der Stanizen zu laufen und dort seinen Lieblingswein zu trinken, aber er hörte nicht auf meine Ermahnungen.

Einmal nahm er in einer Staniza aus meinem Ranzen fünf Rubel, die ich mit großer Mühe hinter seinem Rücken, aber doch für ihn, zusammengespart hatte, und kam dann gegen Abend in das Haus, wo ich im Garten arbeitete, ganz betrunken und in Begleitung eins dicken Kosakenweibes, das mich folgendermaßen begrüßte: „Guten Tag, du verdammter Ketzer!"

Und als ich, verwundert über diese Bezeichnung, sie fragte, warum ich ein Ketzer sei, da erwiderte sie mir mit Aplomb: „Warum, zum Teufel, verbietest du dem Burschen da die Weiber zu lieben. Kannst du das etwa verbieten, wo es doch das Gesetz erlaubt? . . . Verfluchter, du!"

Schackro stand neben ihr und nickte zustimmend mit dem Kopfe. Er war sehr betrunken, und wenn er irgend eine Bewegung machte, dann taumelte er ganz haltlos hin und her. Die Unterlippe ließ er hängen. Mit gläsernen Augen und dummdreisten Gesichte stierte er mich an.

„Nun, du, was glotzest du uns an? Gieb ihm sein Geld!" schrie das mutige Weib.

„Was für Geld?" fragte ich erstaunt.

„Gib her, gib her! Oder ich bringe dich vor die Voiskovaja[17]). Gib die anderthalbhundert Rubel, die du ihm in Odessa weggenommen hast."

Was sollte ich machen? Das Teufelsweib in seinem Rausche war imstande in die Hütte des Atamans zu gehen, und dann hätte uns die gegen wanderndes Volk strenge Obrigkit der Staniza wohl einsperren lassen. Wer konnte wissen, was für Folgen eine solche Arretierung für mich und Schackro haben konnte! Und so fing ich denn an diplomatisch mit dem Weibe zu verhandeln, was schließlich auch keine großen Anstrengungen kostete. Mit Hilfe von drei Bouteillen Wein besänftigte ich sie. Sie fiel auf die Erde zwischen Wassermelonen nieder und schlief dann ein. Ich brachte Schackro zur Ruhe, und früh am Morgen des andern Tages verließen wir die Staniza und ließen das Weib bei den Melonen liegen.

Halb krank in seinem Katzenjammer, mit verschwärmtem, aufgedunsenem Gesichte, ging Schackro einher, spuckte jeden Augenblick aus und seufzte schwer. Ich suchte ein Gespräch mit ihm anzuknüpfen, aber er antwortete mir nicht und nickte nur mit seinem struppigen Kopfe wie ein müdes Pferd.

Der Tag wurde heiß, die Luft war geschwängert von den schwülen Ausdünstungen des feuchten Bodens, der mit Gras bewachsen war, das dicht und hoch uns fast bis zu den Schultern reichte. Ueberall rings um uns stand es unbeweglich wie ein grünes, samtartiges Meer und atmete unter dem schwülen Himmel dunstige Wohlgerüche aus, die den Kopf betäubten . . .

Um den Weg etwas abzuschneiden, gingen wir einen schmalen Pfad, auf dem kleine rote Schlangen vorwärts und rückwärts krochen und zu unsern Füßen sich ringelten. Rechts von uns am Horizonte dehnte sich eine Wolkenkette aus, die silbern in der Sonne glänzte — das waren die Berge von Dagestan. Die Stille, die uns rings umgab, machte uns schläfrig und versetzte uns in einen träumerisch müden Zustand. Hinter uns am Himmel zogen langsam Scharen dicker, schwarzer Gewitterwolken. Sie flossen ineinander, sie überzogen den ganzen Himmel hinter uns, während er vor uns noch klar war, obwohl schon einzelne Wolkenfetzen heranflogen am Himmel und ausgelassen über unserem Haupte irgendwohin vorwärts trieben, uns überholten und immer dichter den Himmel überzogen. In weiter Ferne irgendwo rollte der Donner und sein grollender Schall kam immer näher. Dicke Regentropfen fingen an zu fallen und schlugen auf das Gras, das metallisch rauschte.

Nirgends bot sich uns ein Unterschlupf. Schon wurde es dunkel, und das Rauschen des Grases klang zwar lauter, aber doch wie etwas eingeschüchtert. Der Donner rollte — und die Wolken erzitterten, umrahmt von einem bläulichen Feuermeer. Dann wurde es wieder dunkel, und die silberne Kette der Berge verschwand in der Finsternis.

(Fortsetzung folgt.)

[17]) Die Behörde, Atamanschaft der Kosaken.